Deutsche Post AG
Postvertriebstück
D 6134 E
Gebühr bezahlt

express

Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Nr. 11/2015, 53. Jahrgang • www.express-afp.info • www.labournet.de/express • ☎ (069) 67 99 84 • ISSN 0343-5121 • Preis: 3,50 Euro

Muster-Integration

Integration von Flüchtlingen per Betriebsvereinbarung? Fragen an Peter Bremme

Was die gewerkschaftliche Solidarität mit Flüchtlingen angeht, ist der Fachbereich 13 von ver.di Hamburg schon seit Langem die fortschrittliche Speerspitze der Bewegung. Um eine Diskussion über Handlungsmöglichkeiten von GewerkschafterInnen im Betrieb anzustoßen, hat der FB 13 Hamburg nun eine Musterbetriebsvereinbarung »Integration von Flüchtlingen in das Arbeits- und Berufsleben« entworfen, die sich mit den Möglichkeiten befasst, im Betrieb Beschäftigte mit bezahlter Freistellung auszustatten, um die Voraussetzungen für eine Integration von Flüchtlingen zu schaffen und abzusichern. Sie nimmt, so die Erklärung auf der Homepage von ver.di Hamburg, auch bewusst Themen auf, die über das eigentliche Geschäftsfeld des Unternehmens hinausgehen, »weil der Wirkungskreis einer Firma weiter reichen kann und muss«. Diese freiwillige Betriebsvereinbarung, die auch als Grundlage für eine Dienstvereinbarung im öffentlichen Dienst genommen werden kann, ist einerseits Ideensammlung für ein Gespräch mit der Belegschaft, andererseits dient sie als Leitfaden für offizielle Gespräche mit der Geschäftsleitung, ArbeitsdirektorInnen oder Personalverantwortlichen. Das vielzitierte »Wir schaffen das« der Kanzlerin kann nur Wirklichkeit werden, wenn es auch oder gerade im Arbeitsleben gilt. »Die Debatte um Integration im Betrieb wird umso wichtiger, je mehr die ›Pegidarisierung‹ der Gesellschaft voranschreitet und sich Rassismus und Neofaschismus in der Mitte der Gesellschaft ausbreiten«, so unser Interviewpartner Peter Bremme, Landesfachbereichsleiter des FB 13 von ver.di Hamburg.

express: Eure Musterbetriebsvereinbarung sieht vor, dass Unternehmen und Betriebsrat gemeinsam nach Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge im jeweiligen Unternehmen suchen. Fehlt es nicht vielen Flüchtlingen an der dafür erforderlichen Arbeitserlaubnis?

Peter Bremme: Ein so tiefes Verständnis von Sozialpartnerschaft konnten wir bisher nicht entwickeln. Bei Unternehmen nach Arbeitsplätzen in einer Grauzone bis hin zur Schwarzarbeit zu fragen, haben wir uns nicht getraut. Doch jetzt mal ernsthaft. Systembedingt können wir nur Menschen mit den entsprechenden Papieren einen direkten Zugang zum ersten Arbeitsmarkt eröffnen. Jenseits dieser Schwelle gibt es verschiedene Möglichkeiten. Für Menschen mit einem Arbeitsplatzzugang könnte für den internen Arbeitsmarkt in einem Unternehmen ein Stufenmodell umgesetzt werden:

In der ersten Stufe geht es um die Feststellung der formalen und der realen Qualifikation, in der folgenden Stufe um eine Angleichung der realen Qualifikation an die branchenüblichen Standards und um die Absicherung der formalen Qualifikation durch Anerkennungsverfahren. Stufe 3 beinhaltet das Angebot eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses inklusive einer Perspektiventwicklung. Und für die Stufe 4 stellen wir uns vor, dass die eingestellte Person als Multiplikator für weitere Einstellungen von Flüchtlingen tätig wird. Menschen, die wenig formale Qualifikation mitbringen, könnten Praktika mit Berufsperspektive im eigenen Unternehmen angeboten werden. Sie könnten auch bei externen Dienstleistern von Unternehmen, also z.B. in Reinigungs- und Sicherheitsfirmen, Caterern etc., als Auszubildende einsteigen.

Bei Menschen ohne formale Qualifikation könnte folgendes Stufenschema greifen: Auf Stufe 1 ginge es darum, anhand der jeweiligen Berufsbiographie festzustellen, welche Qualifikation vorliegt. Auf Stufe 2 müssten der interne Arbeitsmarkt und die Dienstleistungsunternehmen bzw. Zulieferer des Unternehmens nach Einsatzmöglichkeiten gescannt werden. Auf Stufe 3 wird das Unternehmen aufgefordert, berufsfördernde Praktika bereitzustellen und / oder der Dienstleister durch Erweiterung der Dienstleistungsverträge verpflichtet, Flüchtlingen einen Einstieg in die Berufswelt zu geben. Warum sollte die outgesourcte Kantine in einer Versicherung nicht Küchenkräfte einstellen, die dann vom Kantinenbetreiber ausgebildet werden? Auf der letzten Stufe wird die Ausbildung durch eine Expertengruppe aus dem Auftragsunternehmen begleitet.

Ist der Vereinbarungsentwurf in Zusammenarbeit mit Betriebsräten oder anderen betrieblichen Akteuren entstanden? Gibt es gar Unternehmen, auf die als vorbildliche Beispiele verwiesen werden kann?

PB: Die Idee zu diesem Entwurf entstand im Zusammenhang mit der Frage nach Berufsperspektiven der Gruppe »Lampedusa in Hamburg«. Ein Zusammenhang, der sich »Lampedusa Professions« nennt, hatte damit begonnen, die Berufsbiographien der Gruppenmitglieder zu untersuchen, um Anschlussperspektiven auszumachen. Einige aus der Gruppe, die den Status einer Duldung haben, konnten wir bei ihrer Berufswahl unterstützen. Hier haben auch Betriebsräte mitgewirkt. In diesem Zusammenhang tauchte immer wieder die Frage auf, was denn Betriebsräte dazu beitragen könnten, dass Flüchtlinge eine Arbeit finden.

Apropos Lampedusa: Es ist kaum zu glau-

Fortsetzung auf Seite 2 unten

GEWERKSCHAFTEN INLAND

»Muster-Integration«. Interview mit Peter Bremme zum Entwurf einer Betriebsvereinbarung zur Integration von Flüchtlingen S. 1

Peter Birke: »Monster, Opfer, Superprofis«. Zur Diskussion über den SuE-Streik S. 2

Gisela Notz: »Freiwilligendienste für alle?« Über's Ehrenamt zur Prekarisierung S. 4

BETRIEBSSPIEGEL

Michael Clauss: »Das Beste oder nichts?«. »Gemeinschaftsunternehmen« – Neuer Spartrick bei Daimler S. 4

»Arbeit nach Bedarf?« Interview mit drei Aktivisten des Kasseler »Forum Assistenzkräfte« S. 6

INTERNATIONALES

Peter Nowak: »Auf dem Weg zum transnationalen Streik?« Über eine Konferenz im polnischen Poznan S. 6

Transact: »Über das Recht zu bleiben und zu gehen«. Von Ougadougou über Mytilini nach Nickelsdorf und weiter S. 10

Rainer Thomann: »Griechenland und die enttäuschten Hoffnungen«. Ein politischer Reisebericht S. 9

StS: »Showdown bei Vio.Me?« Fabrikbesetzer wehren sich gegen Zwangsversteigerungen S. 9

Thorsten Schulten: »Chancen für einen Wiederaufbau?« Über das griechische Tarifvertragssystem nach dem dritten Memorandum S. 12

Roman Danyluk: »Post-Majdan-Blues«. Über die soziale Krise und ArbeiterInnenproteste in der Ukraine, Teil II S. 14

REZENSION

Joel Schmidt: »Alle Spätis stehen still?« Über einen Sammelband zu neuen Streikstrategien von Peter Nowak S. 16

Bildnachweise

Die Bilder dieser Ausgabe wurden in Griechenland aufgenommen. Sie zeigen Facetten der sozialen Krise und des Widerstands in einem Land, das in den hiesigen politischen Diskussionen schon wieder in Vergessenheit zu geraten droht – obwohl sich in der zweiten Jahreshälfte wenig geändert hat, sowohl was das austeritätsinduzierte Elend als auch was den Einsatz der Widerstandsinitiativen betrifft. Fotografiert haben Nadja Rakowitz, Rainer Thomann und antirassistische AktivistInnen auf der Insel Lesbos.

Auf Kosten des Arbeitgebers

Der *express* liegt viel zu wenig in den **Betriebsratsbüros** aus. Betriebsräte können das ändern, einige machen's auch schon länger: Der *express* kann als **Arbeitsmittel** auf Beschluss des Betriebsrates bezogen werden, sofern es für die Arbeit erforderlich ist. Die Kosten hat der Arbeitgeber nach § 40, Abs. 2 BetrVG zu tragen.

HG Lang zum 80.

Am 17. November ist HG Lang, ältestes und dienstältestes Mitglied der *express*-Redaktion, 80 Jahre geworden. Zu seinem 70. hatte Jens Huhn geschrieben, dass die Arbeiterklasse sich nur wirklich selbst befreien kann, »wenn es gelingt, die Dialektik von Theorie und Erfahrung sich entfalten zu lassen. Für diese Arbeit, ob in Bildungs- und anderen Veranstaltungen, ob in Zeitungen oder wo auch immer, brauchen wir keine Gehirntierchen, Organisationshuber oder Tatsachenfetischisten, sondern Menschen, also Dich!«

Lieber HG,
zehn Jahre später und nach den Erfahrungen dieses Jahres stimmt das noch immer bzw. noch viel mehr.

Wir wünschen Dir alles Gute!

Zu HGs 70. hatte die *express*-Redaktion eine Broschüre mit Texten von HG und Beiträgen von Weggefährten herausgegeben, darunter Jens Huhn, Anton Kobel, Mia Lindemann, Bernd Riexinger, Edwin Schudlich, Eberhard Schmidt, Edgar Weick u.v.m.
Einige wenige Exemplare der Broschüre – zum Sonderpreis von 5 Euro zzgl. Porto – sind im Büro des *express* noch zu haben.
Email schreiben genügt:
express-afp@online.de

Monster, Opfer, Super-Profis

Ein Beitrag zur Diskussion über den SuE-Streik – von Peter Birke

Meine folgenden Kommentare zur Bilanz des *Göttinger Betriebsexpress* zum SuE-Streik (*Express* 10/15) beziehen sich in erster Linie auf Eindrücke aus Hamburg, wo ich als Vater eines Vierjährigen und als Teilnehmer der Initiative »Eltern in Solidarität« mit dem Arbeitskampf zu tun hatte. Es kann sein, dass die Situation sich anderswo anders darstellt – in Hamburg gab es zum Beispiel eine extrem aggressive Kampagne des Landeselternausschusses für einen Abbruch des Streiks, und einen entsprechenden Versuch der Gegenmobilisierung durch engagierte linke Eltern. Zudem existiert in Hamburg die Sondersituation, dass ein lokaler Tarifvertrag gilt, wobei die bundesweiten Vereinbarungen allerdings regelmäßig weitgehend übernommen werden.

Viele Einschätzungen des *Betriebsexpress* teile ich. Es ist sicher richtig, den Arbeitskampf trotz des mageren Ergebnisses nicht einfach als Niederlage zu bewerten. Das gilt vor allem für den Streikverlauf – mit seiner erstaunlich hohen und aktiven Beteiligung von Beschäftigten jenseits der typischen Streikzentren wie Stuttgart oder Hannover. Das Ergebnis hingegen kann man nicht schönreden: Zwar sind im Vergleich zum Schlichtungsresultat einige Gruppen besser gestellt worden, aber viele Beteiligte, vor allem SozialarbeiterInnen, haben im Resultat wenig. Das Abstimmungsergebnis – bei ver.di rund 40 Prozent Gegenstimmen – deutet nicht auf Akzeptanz, sondern eher auf Resignation hin. Es würde vermutlich noch krasser ausfallen, wenn man den (vermutlich verschwindenden) Anteil der Ja-Sager an den *insgesamt Stimmberechtigten* wüsste. Auch vor diesem Hintergrund erscheint eine Orientierung auf die *nächste Runde* angesichts der langen Laufzeiten nicht gerade überzeugend. Es bleibt insgesamt zunächst festzuhalten, dass letztlich auch im Vergleich zwischen Schlichtung und Nachverhandlungen sich die Position der Arbeitgeber durchgesetzt hat, die Austeritätslogik und Schuldenbremse zu Naturgesetzen erklären.

Der *Betriebsexpress* weist außerdem zurecht darauf hin, dass aufgrund der zersplitterten Tariflandschaft im SuE-Bereich lediglich eine Minderheit der Beschäftigten, fast durchgehend in kommunalen Einrichtungen, zum Streik aufgerufen war. Auch wenn man darüber streiten kann, ob eine stärkere Einbeziehung der Beschäftigten bei freien Trägern möglich gewesen wäre – »Minderheitenstreiks« sind ein Charakteristikum vieler Streiks in Dienstleistungssektoren: Das gilt nicht nur für den SuE-Streik, sondern beispielsweise auch für das Reinigungsgewerbe oder den Einzelhandel. Entsprechend kommt es häufig zu lang anhaltenden Auseinandersetzungen, mit entsprechenden Einschränkungen für KundInnen und KlientInnen. Und mit der Länge der Konflikte wächst auch die Bedeutung der Medienberichterstattung. Diese war im SuE-Streik zunächst positiv, wobei vor allem die Anerkennung der KiTa-Arbeit allseits betont wurde, faktisch aber die Notwendigkeit frühkindlicher Bildung zum Erhalt und zur Produktion von Arbeitskraft im Mittelpunkt stand. Nach der zweiten Streikwoche trat dann – in Wirklichkeit kaum im Widerspruch dazu – die Figur der »im Stich gelassenen Eltern« in den Vordergrund, später sogar die der »wütenden Eltern«, die in verschiedenen Großstädten aktiv gegen den Streik protestieren. Eine derartige Zuspitzung – organisierte Anti-Streik-Aktionen von sogenannten Betroffenen – hatte es nicht mal im von der Mainstream-Presse heftig angefeindeten GdL-Streik gegeben!

Dass es so kam, hat nicht nur mit der besonderen Betroffenheit vieler Eltern zu tun, sondern auch mit deren Vertretungsstrukturen. Vor allem in überregionalen Elternvertretungen engagieren sich weit überproportional Menschen aus der Mittelschicht (und zumindest in Hamburg auch überdurchschnittlich Männer). Elternausschüsse werden von Leuten zusammengesetzt, die über verhältnismäßig viele Ressourcen verfügen, einschließlich der Fähigkeit, medial interessante Bilder zu produzieren (wie in den »Rathausbesetzungen«, die in einigen Großstädten aus Protest gegen den SuE-Streik organisiert wurden). Andererseits ist das Ausbleiben der Kinderbetreuung für *bestimmte* Eltern – insbesondere für Alleinerziehende und Menschen mit wenigen Ressourcen, aber auch für Arbeiterinnen mit frühen, festgesetzten oder rotierenden Arbeitszeiten – in der Tat eine große Herausforderung. Mit anderen Worten: Die »stimmgewaltigen« Mittelschichtseltern sprachen im Grunde (auch) im Namen einer zumindest bisher kaum sichtbaren Gruppe von Eltern. Damit ist zwar eine *potenzielle* Schwäche der Anti-Streik-Rhetorik benannt – sie hatte selbst nur eine sehr begrenzte soziale Basis. Aber genau an dieser Stelle versagte auch die gewerkschaftliche Politik.

Dieses »Versagen« kann nicht alleine auf die übliche Konfliktphobie und / oder strategische Unfähigkeit zentraler Gewerkschaftsvorstände zurückgeführt werden. Es ist genauso ein Versagen des traditionellen Konzepts von Arbeitskämpfen, in dem Streikende Macht ausüben, indem sie die Produktion eines Produkts verweigern. In dieser Logik sind diejenigen, die sich bemühen, die Produktion aufrechtzuerhalten, »Streikbre-

Apotheke der Solidarischen Praxis in Elliniko / Athen

Fortsetzung von Seite 1

ben, aber eine Forderung, die wir für die Lampedusa-Gruppe entwickelt haben, die europäische Arbeitserlaubnis, wird ein Jahr später, repressiv gewendet, zur Forderung des ersten Bürgermeisters von Hamburg: »Ihr müsst zwar das Asylverfahren in dem Land durchführen, das Euch zugewiesen wurde. Im Gegenzug erhaltet Ihr aber im Fall Eurer Anerkennung als Flüchtling ähnliche Freizügigkeitsrechte wie ein EU-Bürger. Das heißt, ein anerkannter Flüchtling kann sich anderswo nach Arbeit umsehen. Hat er dort Erfolg, kommt er in das angestrebte Land. Wenn nicht, bekommt er dort auch keine Leistung.« (*FAZ* vom 7. November 2015) Damit wird der selektive und instrumentelle Charakter der »Willkommenskultur« offensichtlich.

Neben den Beschäftigungsmöglichkeiten beinhaltet der Entwurf auch die Institutionalisierung betrieblicher Sach- und Geldspendensammlungen. Warum haltet Ihr es für sinnvoll, so etwas parallel zu den bestehenden zivilgesellschaftlichen Willkommensinitiativen zu machen?

Wir glauben, dass es richtig ist, eigene solidarische Strukturen in Unternehmen aufzubauen. Viele Unternehmen, Betriebsräte oder auch Gewerkschaften denken, es sei schon viel erreicht, wenn eine Adressliste von bestehenden Willkommensinitiativen im Betrieb bekannt gemacht wird, dann kann ja jeder und jede nach ihren Möglichkeiten helfen. Weitreichender und nachhaltiger ist es doch, wenn Betriebsräte und andere Gewerkschaftsmitglieder direkt mit den Initiativen zusammenarbeiten und eigene Bezüge zu beispielsweise Flüchtlingsunterkünften aufbauen und Flüchtlinge mit in den Betrieb holen. Es ist doch eine gute Idee, einen Teil des Weihnachtsgeldes für Freizeitaktivitäten für Flüchtlingskinder zu spenden. Und warum sollen die eigenen Kinder nicht gemeinsam mit den Flüchtlingskindern ein Spaßbad besuchen? Und niemand hindert Betriebsräte daran, auch bestehende Strukturen durch Geld- oder Sachspenden zu unterstützen.

Wichtiges Element der Vereinbarung ist die Schaffung eines betrieblichen Gremiums, für das sich KollegInnen auf freiwilliger Basis von der Arbeit freistellen lassen können. Gibt es Arbeitgeber, die Euch bereits Bereitschaft signalisiert haben, eine solche Vereinbarung abzuschließen? Mit welchen Argumenten oder anderen Mitteln sollen die Unternehmen dazu gebracht werden?

Meines Wissens nach nicht. Die Vereinbarung ist ja auch erst gerade veröffentlicht. Ich weiß jedoch von gemeinsam mit der Geschäftsleitung entwickelten Initiativen bei Eon/HHLA, die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen eine Ausbildungschance im Betrieb geben.

Als Argumente, die Arbeitgeber überzeugen könnten, fallen mir folgende ein:

- Wenn das Unternehmen nicht jetzt Menschen qualifiziert, dann sinken die Chancen, in der Zukunft neue Arbeitskräfte zu finden.
- Viele, vor allem größere Unternehmen fühlen sich der CSR (*Corporate Social Responsiblity*) verpflichtet. Sinngemäß übersetzt heißt das die »Verantwortung von Unternehmen für ihre Auswirkung auf die Gesellschaft«. Hier gibt es tausend Anknüpfungspunkte für Betriebsräte.
- Wenn jetzt nicht eine flüchtlingsfreundliche Politik im Unternehmen vorangebracht wird, dann wird tendenziell das Potential für eine Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik größer.

Mit welchen Widerständen rechnet Ihr für Betriebsräte, die das angehen wollen – von Unternehmensseite oder aus der Belegschaft?

Ich rechne mit Verständnis und Zustimmung in den Betrieben, bei denen ein selbstverständlicher Umgang mit migrantischen Beschäftigten zum Alltag gehört. Das sind überwiegend Großbetriebe in der industriellen Produktion. Wenn es gut verankerte Betriebsräte in Dienstleistungsunternehmen gibt, könnten diese ebenfalls ihr Gewicht in die Waagschale werfen. Ich habe aus meinem Wirkungsfeld positive Signale erhalten aus der Zeitarbeit, der Touristik und der Wohnungswirtschaft. Auf der anderen Seite der Skala könnten auch Betriebe, die aus alternativen Zusammenhän-

cher«. Diese Zuschreibung wird denn auch – und genau so haben es durchaus einige linke GenossInnen in Hamburg mir gegenüber am Anfang des Streiks formuliert – auf die *solidarische* Übernahme von Betreuungsaufgaben durch schnell organisierte Eltern-ErzieherInnen-Kollektive »angewendet«. Ein größerer Fehler kann im Bereich der sozialen Dienstleistungen, wo sich die Arbeitgeber angesichts knapper Kassen über jede ErzieherInnen-Stunde freuen, die ihnen die Gewerkschaft bezahlt, kaum gemacht werden. Im Gegenteil muss auch dort, wo sich die Eltern (bzw. NutzerInnen) *nicht ausdrücklich* mit dem Streik solidarisieren, was die Mehrheit der Fälle sein dürfte, die Frage der *Kooperation zwischen Streikenden und Nicht-Streikenden* in den Mittelpunkt gestellt werden.

Das gilt umso mehr, als die Konflikte zwischen Eltern und ErzieherInnen im Arbeitsalltag zugenommen haben, es also keine »natürliche« Basis einer Solidarisierung gibt. Grob gesagt, treten Eltern unter dem Post-PISA-Regime den ErzieherInnen in zwei Figuren gegenüber: als »Monster« in bürgerlichen und als »Opfer« in proletarischen Quartieren. Wieder etwas zugespitzt: Das »Monster« behandelt die ErzieherIn wie seine persönliche Hausangestellte, und fordert, dass Englisch und Astrophysik für Vierjährige in der KiTa angeboten werden. »Aufwertung« der KiTas findet das Monster prima, aber nur, wenn sie aus Steuergeldern gezahlt wird. Das »Opfer« hingegen weiß aus Sicht der ErzieherIn nicht, wo morgens der Wecker steht, wohnt in Hamburg, aber hat die Elbe noch nie gesehen und kann, vor allem, nicht (richtig) sprechen. Im KiTa-Alltag wird laufend darum gerungen, diese schrecklichen klassenbasierten Zuschreibungen zu reflektieren und über Bord zu werfen, aber es kann nie ganz gelingen, denn das Aktivierungsparadigma, das die Bildungspläne beherrscht, sieht immanent genau diese hier etwas drastisch skizzierten sozialen Rollen vor. Dabei ist der Einwand, dass es nicht nur »bürgerliche« oder »proletarische« Quartiere gibt, natürlich richtig. Mehrheitlich werden sich unterschiedlich sozial geprägte Eltern und ErzieherInnen durchaus begegnen in Quartieren, in denen soziale Polarisierung eher »kleinräumlich« organisiert ist. Aber es ändert nichts an der Sache. Es führt nämlich unter PISA nur dazu, dass die beiden sozialen Figuren *abwechselnd* in einer Person auftauchen. Auf die Zuweisung als »Opfer« kann ich nur monstermäßig reagieren usw.

Der Kampf um Freiräume, vielleicht um Selbstverwaltung, und die alltägliche Zurückweisung der o.g. Rollenmuster – das ist ein entscheidender Aspekt der Konflikte in und um die KiTa-Betreuung. Meines Erachtens ist es sinnvoll, den Streik auch in dieser Hinsicht zu bilanzieren. Denn kein Arbeitskampf im SuE-Bereich kann erfolgreich sein, wenn in ihm nicht diese polarisierenden Rollenzuweisungen konkret bearbeitet werden, mit dem Ziel ihrer Überwindung. Freiräume – darunter auch Arbeitskampf-Situationen – sind entscheidend, wenn Eltern und ErzieherInnen nicht weiter ihre Rolle(n) als Monster, Opfer, Dienstpersonal oder Superprofessionelle spielen wollen. Exemplarisch (aber schwach und im Vergleich zu den Eltern-Protesten gegen den Streik auch medial randständig) ist dies angesichts der Organisierung solidarischer Kinderbetreuung, in Begegnungen zwischen Eltern, ErzieherInnen und Kindern in nicht-instrumentellen Kontexten oder in gemeinsamen Aktionen wie Demonstrationen praktiziert wurden. Solidarität bedeutete dort *nicht nur* Solidarität mit dem Streik, sondern auch mit den Forderungen der Eltern nach guten Betreuungsangeboten, die sich durchaus auch an die von der KiTa-Betreuung profitierenden Arbeitgeber und Institutionen gerichtet haben. Ich glaube, dass derartige Ansätze die einzige realistische Basis sind, von der aus auch betrieblich gegen die von den Regierungen als Naturgesetze verkündigten »Schuldenbremsen« gekämpft werden kann. Nur eine erweiterte Kooperation zwischen Beschäftigten und NutzerInnen lässt auch die Erweiterung der Forderungen auf Fragen der Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen als realistisch erscheinen. Das ist ein sehr hoher und oft unrealisierbarer Anspruch, aber der SuE-Streik zeigt ja auch, dass die Alternativen mindestens ebenso unrealistisch sind: »Diesseits« der Möglichkeiten konventioneller Tarifrunden und Streiks werden möglicherweise in naher Zukunft kaum noch Blumentöpfe zu gewinnen sein.

Aber war nicht bereits die Vorstellung, eine *rein tarifpolitische* Aufwertung der SuE-Berufe erreichen zu können, problematisch? Klar, auch in dieser Hinsicht ist man hinterher immer klüger. Hätte man es auch vorher sein können? Denn die zunächst zurückhaltende Reaktion vieler Kolleginnen und Kollegen auf die Streikforderungen bezog sich gerade darauf: Die Situation in sozialen Dienstleistungen oder im Gesundheitssektor ist gerade in Bezug auf Probleme kritisch, die im deutschen System nicht tariflich regelbar sind. Das gilt für die Orientierung von Bildungsplänen am Aktivierungsparadigma ebenso wie für die entscheidende (und damit verbundene) Frage der Personalbemessung. Beides Angelegenheiten, über die der Gesetzgeber entscheidet und die (mitunter) in den Parlamenten verhandelt werden. Fünf Jahre warten muss man damit nicht: Nicht nur die Tarifrunde für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes (TVöD), sondern auch die Revision der KiTa-Gesetze vieler Bundesländer steht bereits in wenigen Monaten an. Wie wäre es, aus diesem Anlass gemeinsame Perspektiven von Eltern und ErzieherInnen (weiter) zu entwickeln? Solidarische Kinderbetreuung, Elterndemos für den Streik – das hat es im Laufe des Streiks, wie etwa in Hamburg-Wilhelmsburg, durchaus gegeben. Solche Aktionen waren oft kurzfristig und spontan »aus dem Boden gestampft«, aber man könnte daran anknüpfen, sie systematisch vorbereiten. Dies kann allerdings nicht alleine durch die aktiven haupt- und ehrenamtlichen GewerkschafterInnen geleistet werden – es ist nur denkbar als Bewegung, die über die Gewerkschaften hinausgeht.

Flüchtling, die »Welcome to Greece«-Broschüre lesend

** Peter Birke lebt in Hamburg, macht in der Redaktion der Zeitschrift ›Sozial.Geschichte Online‹ mit und arbeitet beim Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen.*

Geneigte Leserinnen und Leser,

Um Griechenland ist es ruhiger geworden hierzulande. Nicht nur haben sich politische Eliten und Leitmedien neuen Themen zugewandt und die weitere Exerzierung der Sparauflagen an die zweite Reihe delegiert; auch unter Linken war das Interesse am sozialen Elend und dem Widerstand gegen die Austeritätspolitik schon größer. In vielerlei Hinsicht geht es aber weiter wie gehabt: Die Troika hat dem Land bekanntlich nicht nur strenge Sparauflagen, sondern auch die Orientierung an europäischen »best practice«-Modellen verordnet. Eine Bilanz dieser »bewährten Maßnahmen« zieht Thorsten Schulten. Zeitigt die wilde Jagd nach »preislicher Wettbewerbsfähigkeit« durch flächendeckende Lohnsenkung ›Erfolge‹, wird dies Domino-Effekte quer durch Europa haben – und Alternativen produzieren. Wie z.B. die griechischen Solidaritätsinitiativen, die sich nach Kräften bemühen, jene Lücken zu füllen, die der europäische Sozialstaatsabriss hinterlässt. Über deren Arbeit berichtet Rainer Thomann, der diese Gegen-Welt im September bereist hat. Aus Not entschlossen zur Notwehr bleiben auch die KollegInnen bei Vio.Me: Ende November soll das Gelände, auf dem die besetzte Fabrik steht, zwangsversteigert werden. Die Kollegen wollen sich nicht einseifen lassen, sondern eben diese in Eigenregie weiter produzieren – auch ein Antidot zur Krise.

Auch auf anderen Ungleichheitsbaustellen geht die Arbeit weiter: Hamburger Kollegen haben eine Betriebsvereinbarung zur Integration von Flüchtlingen entworfen, die hoffentlich mehr als *einen* Praxistest erlebt. In Kassel breiten sich ausgerechnet bei Assistenzunternehmen Betriebsräte aus, Grund für uns, mit den Verantwortlichen für diese neuen Stützpunkte der »Care Revolution« zu sprechen. Dass auch hierzulande immer mehr sozialstaatliche Lücken durch ehrenamtliches Engagement gestopft werden, zeigt Gisela Notz. Doch wenn ohnehin alle Grenzen verschwinden, aus Lohnarbeit Ehrenamt wird, RentnerInnen, MigrantInnen und Erwerbslose die neuen »Freiwilligen« sind, die Objekte also die Subjekte werden – warum dann nicht die Geschichte gleich in die eigene Hand nehmen? Das tun zahlreiche Flüchtlinge bereits, wie die KollegInnen von transact in ihrem Beitrag dokumentieren.

Und wir bitten Euch mit dem beiliegenden Spendenaufruf, uns in unserem Engagement für all das zu unterstützen.

gen groß geworden sind, diesen Weg mitgehen, selbst wenn sie keinen Betriebsrat haben.

Positive Erfahrungen habe ich auch in Diskussionen mit ArbeitsdirektorInnen gemacht, die ja berufsbedingt einen sensiblen Blick für die Weiterentwicklung und Zukunftschancen haben.

Mit Widerstand rechne ich in den Bereichen, in denen wenige MigrantInnen in der Belegschaft auf deutschnationales Bewusstsein und Verlustängste von Vorstadthausbesitzern treffen. Doch genau das ist die Herausforderung.

Welche Rolle kann die Gewerkschaft dabei spielen?

Die Gewerkschaft sollte für ein solches Vorgehen werben und sensibilisieren. Ich freue mich über Veranstaltungen, in denen Gehversuche in die Richtung, die die BV aufzeigt, gemeinsam mit anderen Betriebsräten, Vertrauensleuten und Aktiven reflektiert werden und Hindernisse gemeinsam angegangen werden. Ich freue mich, wenn Gewerkschaften mit ihren gut geschulten Betriebsräten und auch Hauptamtliche Basiswissen im Arbeitsrecht in Flüchtlingsunterkünften vermitteln und den gewerkschaftlichen Gedanken – Solidarität – praktisch werden lassen. Hier könnten wichtige Erkenntnisse gewonnen werden über Betriebe, die beispielsweise unter Mindestlohn zahlen. Wenn dann auch noch Flüchtlinge in die Gewerkschaft eintreten, umso besser. Ich freue mich über eine gewerkschaftliche Vernetzung mit Flüchtlingsinitiativen, die sich auf gemeinsame Projekte verständigen.

Wie ist die Initiative in ver.di bzw. in anderen Gewerkschaften aufgenommen worden? Gibt es Resonanz aus anderen ver.di-Fachbereichen?

Ich habe bisher nur positive Resonanzen erhalten, von ver.di-Gliederungen über Teile der IG Metall bis hin zum DGB. Auf ihren Webseiten erscheint die BV und sie soll als gute Initiative in den Veranstaltungen vorgestellt werden. Lasst mich an dieser Stelle noch darauf hinweisen, dass wir diese BV nicht als der Weisheit letzter Schluss begreifen, sondern als *work in progress*. Ihr seid alle dazu aufgerufen, sie zu ergänzen und zu verbessern. Ich freue mich auf Eure Vorschläge!

Vielen Dank und viel Erfolg für die Initiative!

Die Musterbetriebsvereinbarung findet sich auf der Internetseite von ver.di Hamburg unter Themen/Nachrichten.

Erfahrungen im Betrieb und Feedback bitte an Peter Bremme: peter.bremme@verdi.de

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Ellen Bareis, Thomas Wagner (Hrsg.)
Politik mit der Armut
Europäische Sozialpolitik und Wohlfahrtsproduktion „von unten“
2015 - 344 Seiten - 36,90 €
ISBN: 978-3-89691-714-0

Die Widersprüche einer Armutspolitik „von oben“. Sowohl politische Prozesse der Produktion sozialer Ausschließung als auch die Anstrengungen von Menschen zur Aneignung gesellschaftlicher Ressourcen stehen im Mittelpunkt der Analyse, Fragen nach sozialen und politischen Alternativen werden gestellt.

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Freiwilligendienste für alle?

Vom Ehrenamt zur Prekarisierung der Freiwilligen Arbeit – Von Gisela Notz

Seit Beginn der Industrialisierung wird in Zeiten von zunehmender Armut, hoher Erwerbslosigkeit und prekärer Erwerbsarbeitsverhältnisse an die wohlhabenden BürgerInnen appelliert, dort zu helfen, wo die Not am größten ist. Die Appelle haben sich bis heute kaum geändert, doch die Zielgruppe der »Freiwilligen« ist größer geworden. Mit dem Einsatz des Rotstiftes vor allem im Sozial-, Gesundheits- und Kulturbereich wird heute nicht alleine an das Engagement der BürgerInnen appelliert, »ehrenamtlich«, d.h. in der Regel unbezahlt und neben ihrer Erwerbsarbeit, für das Gemeinwesen tätig zu werden. Die Appelle richten sich vielmehr mit immer neuen Programmen an immer neue Zielgruppen und schließlich an die Erwerbslosen und Armen selbst. Die historische Entwicklung des »Ehrenamts« hin zur aktuellen Bedeutung der »Freiwilligenarbeit« wird in diesem Beitrag nachgezeichnet.

Rückblick

Das Ehren*amt*, schon im Mittelalter an weltlichen Höfen, in der Kirche, in Gilden und Bruderschaften bekannt, war dort vor allem dem Adel vorbehalten, der sich dadurch Ansehen, Privilegien und Macht verschaffte. Frauen waren von Ämtern qua Geschlecht und daraus abgeleiteter gesellschaftlicher Position ausgeschlossen. Erst nach langen Kämpfen der bürgerlichen Frauen wurden diese ab 1896 zögerlich zu bestimmten Ämtern zugelassen. Doch auch danach übernahmen sie vor allem die sozialen und karitativen Dienste, die Versorgung von Kindern, Alten und anderen, die sich nicht oder nicht mehr selbst helfen konnten, sie kochten und verteilten die Armensuppe und verbanden Verwundete in den Lazaretten. Kurzum: Sie waren für die ehrenamtliche *Arbeit* zuständig, die erst viel später als »ehrenamtlich« bezeichnet und damit den angesehenen Ehren*ämtern* gleichgestellt werden sollte. An den unterschiedlichen Inhalten der Arbeit und deren geschlechtsspezifischer Zuweisung änderte sich im Laufe der Geschichte bis heute allerdings kaum etwas.

Vertreterinnen der proletarischen Frauenbewegung wehrten sich seit der Zuspitzung der Klassengegensätze mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert gegen den verbreiteten Glauben der Bürgerlichen, »dass Wohltätigkeit, Armenpflege und allseitiger guter Wille die Mittel sind, das soziale Elend aus der Welt zu schaffen«. Es sei nicht nur eine Kränkung, Menschen mit Almosen abzuspeisen, sondern auch das Verständnis dafür, dass »jeder arbeitende Mensch ein Recht auf eine gesicherte Existenz hat«, gehe so verloren, so die Sozialdemokratin Lily Braun 1901 in ihrem Buch »Die Frauenfrage«.

Der »Nationale Frauendienst«

Diese Position änderte sich mit dem Ersten Weltkrieg 1914. Bürgerliche ebenso wie sozialdemokratische Frauen riefen zum »Nationalen Frauendienst« (NFD) auf. Zu dessen »freiwilligen« Aufgaben gehörte nicht nur die karitative Hilfe für notleidende Familien, sondern auch die Verteilung von Frauen auf die (bezahlten) Arbeitsplätze in der Kriegsindustrie. Die Einbeziehung der Frauen in die Arbeits*pflicht*, wie sie mit dem »Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst« von 1916 für alle Männer, die nicht zur Armee eingezogen worden waren, galt, stieß hingegen auf heftigen Widerstand und wurde nicht umgesetzt. Während des Ersten Weltkrieges wurden aber auch die Grenzen des »Freiwilligendienstes« deutlich: Er war weder quantitativ noch qualitativ ausreichend. In der Folge wurden Tätigkeiten im sozialen Bereich – von der Krankenpflege bis zu Formen der Sozialfürsorge – zunehmend professionalisiert. Auch die entlohnten WohlfahrtspflegerInnen waren dabei überwiegend Frauen. Die Erkenntnis, dass soziale Arbeit ohne Berufskräfte nicht mehr möglich sei, hielt allerdings nicht lange an.

Von der freiwilligen Arbeit zur Pflichtarbeit

Mit der Weltwirtschaftskrise rührten Staat und Wohlfahrtsverbände ab 1929 die Werbetrommel für die »Freiwilligenarbeit«, die bald unumwunden zur »Sparmaßnahme« erklärt wurde. 1931 wurde der »Freiwillige Arbeitsdienst« (FAD) für Männer und Frauen durch das Gesetz für gemeinnützige zusätzliche Arbeiten eingeführt. Für ›Freiwillige‹ wurden zunächst ›offene‹, dann geschlossene Lager eingeführt, vor allem, um sie mit gemeinnütziger Arbeit zu beschäftigen und sie von politischer Radikalisierung fernzuhalten. 1935 wurde aus dem FAD der Reichsarbeitsdienst (RAD) als »Ehrendienst am Deutschen Volke«; er war nun Pflichtdienst für »alle 18-25 Jahre alten jungen Deutschen beiderlei Geschlechts«.[1] Ziel dieser Pflicht zu gemeinnützigen Aufgaben war sowohl die Senkung der Erwerbslosenzahlen als auch die Erziehung der deutschen Jugend zur Kriegsfähigkeit. RAD-Angehörige erhielten deutlich weniger Geld als FacharbeiterInnen, Männer wurden hauptsächlich in Munitionsfabriken und beim Autobahnbau eingesetzt, ›Arbeitsmaiden‹ auch in Kindergärten, Krankenhäusern und Lazaretten. Zusätzlich konnten mit der Förderung der Aus- und Weiterbildung der »Ehrenamtlichen« vorher entlohnte sozialfürsorgerische Tätigkeiten an der »sozialen Front« mit unbezahlten Kräften ersetzt bzw. aufgefüllt werden.[2] Der Ausgang ist bekannt. Entlohnte wie unbezahlte SozialarbeiterInnen halfen bei der Aussonderung des angeblich »lebensunwerten Lebens« mit und trugen so zu Stabilisierung und Legitimierung des NS-Regimes bei.

Einblick

Ab Mitte der 1970er Jahre wurde infolge des stagnierenden Wirtschaftswachstums die Frage der Finanzierbarkeit expandierender Sozialleistungen gestellt. Unter Bundeskanzler Kohl wurde ab 1982 mit der (Re-)Privatisierung begonnen und das Subsidiaritätsprinzip – also die Stärkung von Eigeninitiative und Selbsthilfe – stärker betont; auch die Wiederentdeckung des Ehrenamts fällt in diese Periode. 1985 schrieb das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit den Wettbewerb »Reden ist Silber, Helfen ist Gold« für soziale Initiativen aus. Eine Motivierungskampagne jagte von da an die andere.

Die Diskussion um den »aktivierenden« Staat und den Beitrag der sog. »Zivilgesellschaft« hat seit dem Schröder/Blair-Papier und der Agenda 2010 Konjunktur. Soziale, gesundheitliche und kulturelle Versorgung werden seitdem massiv weiter privatisiert, staatlichen Kürzungen zum Opfer fallende soziale Einrichtungen werden dem »freiwilligen« Engagement überantwortet. Die Folge: Primäre (familiale und freundschaftliche) und sekundäre (gesellschaftliche) Netzwerke werden hoffnungslos überlastet. Durch die steigende »Erwerbsneigung« der Frauen im Westen und die ungebrochene Erwerbsneigung im Osten – schon der Begriff ist hier problematisch, weil er ausschließlich im Zusammenhang mit Frauen benutzt wird – kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass Frauen diese Versorgungsarbeiten weiterhin kostenlos und aus (Nächsten-)Liebe übernehmen. PolitikerInnen verweisen immer wieder darauf, dass soziale Kontakte und Teilhabe, die die Gratisarbeit bietet, wichtiger seien als Geld. »Freiwilliges« Engagement soll glücklich, gesund und zufrieden machen, weil man aktiv das eigene Lebensumfeld mitgestalten kann. Dabei ist es eine Binsenweisheit: Erst wenn die professionelle Unterstützung von Hilfe-, Versorgungs- und Betreuungsbedürftigen sichergestellt ist, kann Freiwilligen-Arbeit wirklich freiwillig und zusätzlich verrichtet werden, also erst, wenn die eigenständige Existenzsicherung der Helfenden gewährleistet ist. Für die »Freiwilligen« hieße das, dass sie selbst über ausreichende Einkommen aus Erwerbsarbeit bzw. Ältere über ausreichende Renten abgesichert sein müssen.

Obwohl bereits mehr als ein Drittel aller Menschen in der Bundesrepublik freiwillig und unentgeltlich engagiert ist, verweisen ExpertInnen darauf, dass die Zahl der Engagierten für die Zukunft nicht ausreicht. Noch seien nicht alle Potenziale voll erschlossen. Im Zusammenhang mit aktuellen Kürzungsszenarien wird große Hoffnung auf die »nachwachsende Seniorengeneration«, auf »Menschen mit Migrationshintergrund« und auf die Erwerbslosen und Armen selbst gesetzt. Immer neue Arbeitsfelder werden gefunden, für die neue Potenziale gewonnen werden sollen. In jüngster Zeit sind das z.B. die Tafeln, Kleiderkammern und andere »existenzunterstützende« Maßnahmen, deren Notwendigkeit angesichts der zunehmenden Armut niemand bestreiten wird, durch die die Bedürftigen jedoch in der Rolle der BittstellerInnen

Plakat in Athen: »Ein Dach für die Obdachlosen-Zeitung ΣΧΕΔΙΑ

»Das Beste oder nichts«

»Gemeinschaftsunternehmen« – neuer Spartrick bei Daimler?

Wird bei Daimler nach Leiharbeit und Werkvertrag gerade das neue Outsourcing-Modell erfunden? Wir dokumentieren einen Text aus der Betriebszeitung *alternative* Nr. 141 vom 22. Oktober 2015, in der Michael Clauss, Betriebsrat in Untertürkheim, die neueste Lohnsenkungsstrategie beschreibt.

In der alternative Nr. 137 berichteten wir über die Absicht des Vorstandes, die Gastronomiebereiche aller Standorte in eine Gastro-GmbH auszugründen. Anfangs wurde das Ansinnen noch mit einer deutschlandweit einheitlichen Unternehmensstruktur begründet. Sehr schnell zeigte sich aber, dass das nur ein Vorwand war. Dem Vorstand geht es wieder einmal nur um weitere Einsparungen zu Lasten der Belegschaft.

Und alle wären davon betroffen: Die Gastronomiebeschäftigten, die Essensteilnehmer, die KollegInnen, die im Shop einkaufen, und am Ende die ganze Belegschaft. Wir erklären warum:

Noch billigerer Billiglohn für Neue

Die gegenüber der übrigen Stammbelegschaft bereits schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen des Dienstleistungstarifvertrags (DLTV) bei Daimler genügen dem Vorstand nicht mehr. Für alle Neueinstellungen in den Gastronomiebereichen sollen in Summe nochmals um sieben Prozent verschlechterte Konditionen gelten. Ausgerechnet diejenigen, die ohnehin schon deutlich niedrigere Eingruppierungen haben, sollen nach Vorstellung der Manager, mit noch weniger Entgelt auskommen und im Alter stärker belastet werden. Vielleicht sollte man die Millionengehälter der Vorstände mal eine Zeit lang auf das EG 2-Niveau einer Küchenhilfe herabsetzen, damit sie besser einschätzen lernen, was sie anderen zumuten.

Zuschuss runter – Essens- und Verkaufspreise hoch

In den letzten Jahrzehnten gab es immer wieder Preiserhöhungen beim Kantinenessen. Aber immer musste die Firma dem Betriebsrat dabei entsprechend gestiegene Lebensmittelpreise nachweisen. Bislang galt nämlich folgende Regel: Die Essensteilnehmer zahlen den reinen Warenwert, der auf den Teller kommt. Und die Firma übernimmt die sogenannten »Regiekosten«. Diesen Konsens will der Vorstand nun aufkündigen. Zukünftig sollen uns über den Essenspreis auch noch die Personalkosten abgeknöpft werden und das Unternehmen will nur noch die »Infrastrukturkosten« (Gebäude und Ausstattung) tragen.

Wucherpreiserhöhung um 30 Prozent

Bisher wurde täglich ein »günstiges« Komplettmenü (Hauptkomponente, mind. eine Beilage und Suppe oder Wasser) zum Preis von 3,72 Euro angeboten. Dieser Menüpreis soll zukünftig auf 4,80 Euro steigen. Das wäre eine Preissteigerung um ca. 30 (!) Prozent. Für die Verkaufshops sollen die Zuschüsse komplett gestrichen werden, das heißt, die Belegschaft soll die vollen Kosten tragen. Wenn bei den bisherigen Preisen in den Verkaufsshops noch was zugeschossen wurde, dann müs-

bleiben, während sich an den Ursachen der Bedürftigkeit und Armut nichts ändert.

Die glorifizierende Diskussion um die Bedeutung der »Zivilgesellschaft« hat ohnehin einen Haken. Schließlich gibt es nicht nur Bürgerinitiativen, die Armensuppe verteilen und MigrantInnen unterstützen, sondern auch solche, die sich gegen Asyl- oder Obdachlosenunterkünfte wehren. Auch Neonazis, religiöse FundamentalistInnen und selbsternannte »Lebensschützer« sind gemeinschaftlich aktiv und übernehmen »freiwillige« Aufgaben. Sie nutzen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements zur Verbreitung ihrer antidemokratischen und frauenfeindlichen Ideologien. Eine Auseinandersetzung mit diesen AkteurInnen gehört zur Aufgabe der Repolitisierung der Zivilgesellschaft, in der die Diskussion über die Stoßrichtung des jeweiligen Engagements Teil der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung darstellt.

»Freiwilligendienste« für alle

Schon vor der Aussetzung des Zivildienstes wurde in der Bundesrepublik darüber diskutiert, wie die »Freiwilligenarbeiten« in verbindlichere und verlässlichere Strukturen gebracht, engagierte BürgerInnen stärker in vertragliche Vereinbarungen eingebunden und in personell unterversorgte Bereiche kanalisiert werden können, denn der Personalmangel in den Sozial- und Pflegeberufen ist nicht neu. Weil Staat, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und private Träger diese Arbeiten nicht regulär bezahlen wollen, erhöht sich der Bedarf an »freiwilliger Arbeit«. Arbeitsdienste im Sinne »sozialer Pflichtjahre« werden immer wieder diskutiert, wären aber ohne Verfassungsänderung schwer durchzusetzen, denn das Grundgesetz Artikel 12, Abs. 2 gebietet: »Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden«. In Abs. 3 steht unmissverständlich: »Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.« Die Mütter und Väter des Grundgesetzes wussten, warum sie diese Sätze 1949, kurz nach dem Nazi-Faschismus, in das Grundgesetz eingefügt haben. Durch sie sollten, wie das Bundesverfassungsgericht hervorhebt, »die im nationalsozialistischen System üblich gewordenen Formen der Zwangsarbeit mit ihrer Herabwürdigung der menschlichen Persönlichkeit ausgeschlossen werden«.[3] Es gibt keinen Grund, daran etwas zu ändern. Wie also mit den »neuen« Problemen fertig werden?

Freiwilligendienste unterscheiden sich vom klassischen ehrenamtlichen Engagement dadurch, dass die »Freiwilligen« sich für einen bestimmten Zeitraum verpflichten, ein bestimmtes Stundenkontingent pro Woche abzuleisten, dieses in einem Vertrag festhalten lassen und dafür ein Taschengeld bekommen. Freiwilligendienste für Jugendliche gibt es schon lange, dazu zählen u.a. das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr sowie entwicklungspolitische Freiwilligendienste. Sie werden gerne übernommen, und solange sie nicht als Ersatz und Warteschleife für fehlende Lehrstellen oder Studienplätze angepriesen werden, ist das auch gut so. Vermehrt geht es nun aber auch um die Älteren. Für sie gab es seit 2005 »generationsübergreifende Freiwilligendienste«, in denen sie sich gegen Auslagenersatz und Weiterbildung für einige Stunden in der Woche engagieren sollten. Mit dem »Gesetz zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes« (BFD) hat die Bundesfamilienministerin ab April 2011 – gleichzeitig mit dem Aussetzen des Zivildienstes und der Einführung des freiwilligen Wehrdienstes – für Menschen aller Generationen ein völlig neues Arbeitsverhältnis geregelt. In der Gesetzesbegründung wird dies »öffentlicher Dienst des Bundes eigener Art« genannt; ein Gutachten des DGB spricht von »nicht gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung«. Zwischen dem »Freiwilligen« und dem »Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben« wird eine Vereinbarung abgeschlossen, die mit einer Verpflichtung für einen vollen Arbeitstag (40 Stunden für unter 27-Jährige und 20 Stunden für über 27-Jährige) über mindestens zwölf Monate hinweg verbunden ist und mit einem Taschengeld (maximal 336 Euro monatlich) entlohnt wird.[4] Der BFD ist als »Lerndienst« angelegt und wird in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, der außerschulischen Jugendbildung, der Wohlfahrts-, Gesundheits- und Altenpflege, Behindertenhilfe, Kultur und Denkmalpflege, im Sport, Zivil- und Katastrophenschutz, Umwelt- und Naturschutz, in der Integration und Nachhaltigkeitsbildung vermittelt. TeilnehmerInnen werden Mitglied in der gesetzlichen Renten-, Unfall-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung. Nach Abschluss des Dienstes erhalten sie ein Zeugnis und ggf. (je nach Alter und Berufswunsch) Extra-Punkte für die Wartezeit auf einen Studienplatz.

39 262 Bundesfreiwillige waren Ende Dezember 2014 im Einsatz. Den Dienst neu angetreten hatten im Jahr 2014 37 881 Freiwillige, davon waren 20 738 Frauen und 17 143 Männer.[5] Über die Verteilung nach Arbeitsgebieten werden keine Angaben gemacht. 9 526 waren über 27 Jahre alt; 28 356 waren jünger. Der Anteil der älteren Freiwilligen war nach einer ersten Evaluationsstudie im April 2013 noch wesentlich höher. Damals waren von den 36 792 Freiwilligen 41 Prozent über 27 Jahre alt. In den westlichen Bundesländern waren es 18,6 Prozent, in den ostdeutschen, inklusive Berlin, sogar 76,5 Prozent.[6] Das ist eigentlich nicht verwunderlich, denn in den östlichen Ländern ist die Erwerbs- und Perspektivlosigkeit viel höher. Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-BezieherInnen dürfen von ihrem »Freiwilligen«-Taschengeld maximal 200 Euro zusätzlich zu ihren Arbeitslosengeldbezügen behalten. Das macht den Dienst für Langzeiterwerbslose einerseits und für ärmere RentnerInnen andererseits interessant. Da Erwerbslose während des BFD nicht verpflichtet sind, eine ihnen zugewiesene Arbeit aufzunehmen, erhöhte dies die Akzeptanz für die erwerbsfähigen Arbeitslosen[7] – offensichtlich allerdings nur vorübergehend, vergleicht man die Zahlen des ersten und der zweiten Evaluationsberichts.

Nationalistische Aktion bei der Demo am 12. November 2015 in Athen: Griechenland, ich liebe Dich und ich verrate Dich nie.

DIE SINNE SCHÄRFEN. JETZT TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de
ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

ZAG
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER · 70/2015 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00
THEMA_
POST-KOLONIALE SPUREN-LESE
ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de

Vernetzung
Seminare
Kongresse
Kampagnen
Still Broke
...aber immer in Bewegung!
www.buko.info
BUKO braucht Kohle! 333 x 100 Euro!
für
Antikapitalistische Kritik & transnationale Vernetzung
Spendenkonto
VzF e.V., Evangelische Bank
IBAN DE 82 5206 0410 0006 422 160
BIC GENODEF1 EK1
buko

Fortsetzung auf Seite 4 oben

sen wir dort zukünftig wohl mit Apothekerpreisen rechnen. Außerdem wollen die Sparmanager weitere Einsparungen, indem die Zahl der Shops reduziert wird. Im Betriebsrestaurant UT2 soll der Spätschichtbetrieb komplett entfallen. Ja haben die denn noch alle Tassen im Schrank? Was hat dieses Sparprogramm denn noch mit betrieblicher Sozialleistung zu tun? Das wäre definitiv nicht »das Beste«, sondern wohl doch eher »nichts.« (»Das Beste oder nichts«, so das Motto des Daimler-Gründers, ist ein wiederkehrender Werbeslogan des Unternehmens.)

Neues Outsourcing-Modell?

Aber auch diejenigen, die nicht in unseren Gastro-Bereichen arbeiten oder essen oder einkaufen, wären von der Gastro-GmbH-Idee des Vorstandes betroffen. Dieses Modell beinhaltet nämlich eine ganz neue hinterhältige Fremdvergabemethode, den sogenannten »Gemeinschaftsbetrieb«.

Das Bundesarbeitsgericht definiert den Gemeinschaftsbetrieb so: »Ein gemeinsamer Betrieb mehrerer Unternehmen besteht dann, wenn die in einer Betriebsstätte vorhandenen materiellen und immateriellen Betriebsmittel für einen einheitlichen arbeitstechnischen Zweck zusammengefasst, geordnet und gezielt eingesetzt werden und der Einsatz der menschlichen Arbeitskraft von einem einheitlichen Leitungsapparat gesteuert wird. Das setzt voraus, dass sich die Unternehmen zumindest stillschweigend zu einer gemeinsamen Führung rechtlich verbunden haben, die sich auf die wesentlichen Arbeitgeberfunktionen in personellen und sozialen Angelegenheiten erstreckt.«

Im Rahmen eines solchen »Gemeinschaftsbetriebes« könnten die bisherigen Gastro-Stammbeschäftigten der Daimler-AG mit Beschäftigten eines anderen Arbeitgebers unter *einer* Leitung, aber zu völlig unterschiedlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zusammenarbeiten. Es läge keine Arbeitnehmerüberlassung im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) vor. Und somit natürlich auch keine illegale Arbeitnehmerüberlassung, wie bei der verbotenen Zusammenarbeit unter einer Leitung zwischen Daimler-Stammbeschäftigten und Werkvertragsmitarbeitern.

Heute Gastro-GmbH – und morgen?

Wenn dieses Modell in der Gastronomie funktioniert, warum nicht auch in der Logistik? Oder in der Instandhaltung? Oder in der IT? Wenn wir nicht aufpassen, erfinden die Daimler-Manager gerade das neue Werkvertragsumgehungsmodell mit den gleichen verheerenden Auswirkungen auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Deswegen soll keiner sagen, er wäre nicht betroffen. Zusätzlich zur ganz selbstverständlichen Solidarität sind wir nun alle gefordert. In einer Zeit, in der ein *ever-best*-Monat den anderen jagt, muss Schluss sein mit weiteren Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen.

Ureigene Entscheidungen ...

Zur Gastro-GmbH oder möglichen Fremdvergabe verkündete die Daimler-Pressestelle in der öffentlichen Presse: »Grundsätzlich ist die Frage, welche Aufträge fremd vergeben werden und was selbst gemacht wird, eine ureigene unternehmerische Entscheidung.« Wir *alternative*-Kollegen sagen: Wir werden unsere Kolleginnen und Kollegen der Gastronomiebereiche nicht im Stich lassen. Wir werden auch keine Wucherpreiserhöhungen beim Kantinenessen akzeptieren. Und wir werden keine neuen hinterhältigen Fremdvergabemodelle zulassen. Eines sollte der Vorstand nie vergessen: »Grundsätzlich ist die Frage, ob die Autobauer am Wochenende oder ob sie überhaupt zur Arbeit erscheinen, eine ureigene Entscheidung der Malocher.«

Fortsetzung von Seite 5 oben

Anders bei den RentnerInnen, auf die man seit Verabschiedung des Programms ebenfalls gesetzt hatte. Der Anteil der RentnerInnen steigt, Altersarmut nimmt ebenfalls zu – und die »armen Alten« brauchen das Geld ebenso wie die Erwerbslosen. Zwei Jahre nach Einführung des BFD, am 15. Mai 2013, wurde das Experiment »Altersöffnung« dem Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages vorgestellt. »Ältere Freiwillige […] sehen den Dienst als Qualifizierungsmöglichkeit, als Alternative zur Erwerbsarbeit«, jubelte man.[8] Die Hoffnung auf eine existenzsichernde Erwerbsarbeit hatten sie möglicherweise schon lange aufgegeben. Denn mit einer Erwerbsarbeit ist der Dienst nicht vereinbar. Auch bei reduzierter Stundenzahl müssen Nebentätigkeiten von der Einsatzstelle genehmigt werden. Der DGB-Bundesvorstand verweist darauf, dass so »ein weiterer Raum für prekäre Arbeitsverhältnisse geschaffen« wird.[9] Bereits für die Altenhilfe vereinbarte Mindestlöhne werden mit dem BFD umgangen. Eine Abgrenzung der lt. Gesetz «unterstützenden zusätzlichen Tätigkeiten« zu regulären Pflege- und Altenhilfejobs dürfte in der Praxis schwer fallen, das zeigt auch ein Blick auf Stellenangebote einschlägiger Web-Seiten,[10] und so geht es auch aus dem ersten Evaluationsbericht hervor.[11] Der DGB kritisiert, dass der BFD »häufig nicht ein zusätzliches und eigenverantwortliches zivilgesellschaftliche Engagement« darstellt, sondern zu befürchten ist, dass in den Pflegeberufen bestehende Arbeitsplätze verdrängt und neue Arbeitsplätze verhindert werden. Doch selbst die Beschränkung auf »unterstützende Tätigkeiten« ist nicht unproblematisch. Emotionale und in der Regel zeitaufwändige Dimensionen der Tätigkeiten in diesem Berufsfeld, die früher integrierter Bestandteil eines professionellen Selbstverständnisses waren, können nun outgesourct und an ›Randbelegschaften‹ aus Freiwilligen delegiert werden – sie werden so abermals abgewertet und sind damit alles andere als »unbezahlbar« (s.u.).

Angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation in Deutschland hat Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) vorgeschlagen, dass sich auch Flüchtlinge im Bundesfreiwilligendienst engagieren können. Wenn ein Flüchtling eine Beschäftigungserlaubnis habe, könne er auch im Freiwilligendienst arbeiten. Aus diesem Grunde will sie 10 000 neue »Stellen« für den Bundesfreiwilligendienst schaffen. Dabei sei es »wichtig zu zeigen, dass auch die Flüchtlinge helfen bei der Flüchtlingsarbeit.« Viele würden dies auch wollen.[12]

3. Ausblick

»Was ich kann, ist unbezahlbar: tun was ich will, und nicht was ich muss«[13], das *war einmal* der Slogan zur Kampagne für das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001. »Nichts ist erfüllender, als gebraucht zu werden«, lautet der neue Slogan, mit dem das Familienministerium für den BFD wirbt. Seitdem entstehen neue Unterschichtungen zwischen Erwerbsarbeitsverhältnissen und Ehrenamtlichen bzw. den neuen Freiwilligen. Das führt zu Konkurrenz zwischen den ohnehin schon heterogenen Beschäftigtengruppen und zwischen Ehrenamtlichen, Freiwilligen und bezahlten Kräften. Eine Trennung zwischen Erwerbsarbeit und Engagement ist kaum mehr möglich.

»Zeit, das Richtige zu tun«, so ein weiterer Slogan zum Bundesfreiwilligendienst. Was aber ist »das Richtige«? Es geht um Visionen einer zukünftigen Arbeitsgesellschaft, in denen der Gesamtzusammenhang von Arbeit und Leben, Existenzsicherung und Eigentätigkeit von Individuen und Gesellschaft neu gestaltet wird. Voraussetzung hierfür ist die Neubewertung und Umverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit in ihrer (jetzt) bezahlt und (jetzt) unbezahlt geleisteten Arbeitsform und die Diskussion darüber, was als Arbeit gilt und was nicht. Schließlich kann es auch nicht darum gehen, alle sozialen Beziehungen Lohnarbeitskriterien zu unterziehen. Dringend brauchen wir dazu eine Arbeitszeitverkürzung im Bereich der Vollerwerbsarbeit (Sechsstundentag), wie er von Frauenbewegungen seit langem gefordert wird. Es gilt, die Deregulierung zu beenden, professionelle Arbeit auszubauen und existenzsichernd abzusichern. Dann kann das ehrenamtliche Engagement auch wieder freiwillig und unentgeltlich sein – das waren seine klassischen Attribute. Und es sollte nicht zum Stopfen der Löcher im sozialen Netz genutzt werden, d.h. nicht für das Kaschieren von Symptomen instrumentalisiert werden. Freiwilliges Engagement sollte vor allem auch dazu genutzt werden, Missstände auf die politische Agenda setzen und darauf zu dringen, dass sich etwas verändert. Positive Beispiele für solches Engagement finden sich in vielen Städten – von der Umweltpolitik über Mieterinitiativen bis zu Bündnissen gegen Rechts. Aktuell und für die Zukunft werden Flüchtlingsinitiativen zum großen Betätigungsfeld für bürgerschaftliches Engagement. Zentral hierbei wird es sein, über karitative Aspekte wie das Sammeln und Verteilen von Kleider- und Lebensmittelspenden hinauszugehen und gemeinsam mit den Flüchtlingen für deren Rechte zu streiten. Und auch hier wäre es Aufgabe einer sich politisch verstehenden Zivilgesellschaft, auf die Ursachen, die solche karitativen Initiativen überhaupt notwendig machen, hinzuweisen – also die Frage zu stellen, welche Gründe dazu führen, dass Menschen ihr Land überhaupt verlassen müssen.

** Dr. Gisela Notz ist Sozialwissenschaftlerin, lebt und arbeitet in Berlin, Kontakt: gisela.notz@t-online.de;* *Ausführlicher zu diesem Thema: »›Freiwilligendienste‹ für alle. Von der ehrenamtlichen Tätigkeit zur Prekarisierung der ›freiwilligen‹ Arbeit«, Neu-Ulm: AG SPAK Bücher 2012, 10 Euro.*

Anmerkungen:

1) *Reichsgesetzblatt, Teil I vom 27. Juni 1935, S. 769.*
2) *Vgl. hierzu Hans-Joachim von Kondratowitz (1983): »Soziales Ehrenamt und gesellschaftliche Rationalisierung. Historische Entwicklung ehrenamtlichen sozialer Arbeit in Deutschland«, in: Roland Schmidt: »Ehrenamtlicher Dienst in der Altenhilfe. Ein Reader«, Berlin, S. 237ff.*
3) *Zit. nach Ulf Wende: »Hartz IV und das Grundgesetz. Gutachterliche Stellungnahme im Auftrag der PDS-Fraktion der Landtage Brandenburg, Sachsen und Thüringen«, Berlin 2004, S. 60*
4) *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2014): »Zeit, das Richtige zu tun. Freiwillig engagiert in Deutschland – Bundesfreiwilligendienst, Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr«, 2. Aufl., Rostock, online unter: http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/themen-lotse,did=183816.html*
5) *Vgl. Homepage der Initiative für Jugendförderung Deutschland, online unter: www.bufdi.eu/presse/zahlen/*
6) *Vgl. Rabea Haß/Anneli Beller (2013): »Experiment Altersöffnung im Bundesfreiwilligendienst«, Heidelberg*
7) *Vgl. o.V.: »Immer mehr »Hartz IV«-Empfänger unter den Bufdis?!«, erschienen am 25. September 2013 auf der Seite »O-Ton Arbeitsmarkt«, online unter: www.o-ton-arbeitsmarkt.de/o-ton-news/bundesfreiwilligendienst-immer-mehr-hartz-iv-empfanger-unter-den-bufdis*
8) *Haß/Beller, a.a.O., S. 4*
9) *Michael Sommer: Vorwort, in: DGB Bundesvorstand (Hg.): »Das Bundesfreiwilligendienstgesetz – eine verpasste Chance«, Berlin 2012*
10) *Vgl. z.B. die Seite von »Für soziales Leben e.V.«: »Initiative Engagementförderung junger Erwachsener«. online unter: www.bundes-freiwilligendienst.de/stellen/angebote/html.*
11) *Bei dessen Vorstellung wurde auf »Tätigkeitsprofile, die stark an Erwerbsarbeit erinnern«, hingewiesen. Helmut K. Anheier u.a.: »Ein Jahr Bundesfreiwilligendienst. Erste Erkenntnisse einer begleitenden Untersuchung«, Heidelberg 2012, S. 21.*
12) *Migazin: »Flüchtlinge sollten sich im Bundesfreiwilligendienst engagieren«, online unter: www.migazin.de/2015/11/11/schwesig-fluechtlinge-sollten-sich-im-bundesfreiwilligendienst-engagieren/*
13) *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2000): »Freiwillig!«, Magazin zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001, Nr. 1, S. 1.*

»Arbeit

Ein Gespräch über Inter

Die »persönliche Assistenz« wird von vielen Menschen mit Behinderung als Unterstützungsleistung geschätzt, die ihnen im Vergleich mit anderen Pflege- und Betreuungskonzepten das höchste Maß an autonomer Gestaltung des Alltags ermöglicht. Auch die Assistenzkräfte sind in der Regel von dieser Konzeption überzeugt und betrachten ihre Arbeit als sinnvolle Tätigkeit. Die Branche ist aber weder für ihr hohes Lohnniveau noch für ihre ausgeprägten Strukturen der betrieblichen oder gewerkschaftlichen Interessensvertretung bekannt. Bemerkenswert ist daher, was sich gerade in Kassel und Umgebung tut: Beschäftigte und Betriebsräte aus verschiedenen Unternehmen haben sich mit gewerkschaftlicher Unterstützung zum »Forum Assistenz« zusammengefunden, um sich überbetrieblich über Probleme und Handlungsstrategien auszutauschen – und weitere Betriebsratsgründungen bzw. Formen von kollektiver Interessenvertretung zu unterstützen. Drei Beteiligte schildern im Interview ihr bisheriges Vorgehen und die weiteren Pläne:

***André* ist Betriebsratsvorsitzender der Lichtenau Service GmbH (LiSA GmbH). Er arbeitet dort seit 2008, zuerst in der Schulassistenz, jetzt in der Alltags-**

Graffiti in Athen, November 2015

Auf dem Weg zum transnationalen sozialen Streik?

Ein Konferenzbericht von Peter Nowak

Bereits Mitte September hatten sich rund 30 Amazon-Beschäftigte zu einem grenzüberschreitenden Austausch in Poznan, Sitz eines neu eröffneten Amazon-Lagers in Polen, getroffen, um über Auswege aus der verfahrenen Situation im Kampf um Handels-Tarife für die Beschäftigten des Logistik-Riesen zu beraten. Am ersten Oktober-Wochenende fand dort ein weiteres Treffen statt, das aus einem Blockupy-Arbeitskreis zum Thema »transnationale Streiks« heraus entstanden war. Das sieht nach Aktivität aus – selbst von Poznan nach Poznan scheint es allerdings ein weiter Weg, wenn noch nicht einmal vor Ort Begegnungen stattfinden und die Vernetzung von Beschäftigten schon an Grundsatzfragen wie »Was ist und wozu dient gewerkschaftliche Organisierung?« scheitert. Parallel zu den im Folgenden beschriebenen Treffen fand ebenfalls am 3./4. Oktober auf Initiative von RLS/Die Linke ein Treffen zum Thema »Solidarität über Grenzen hinweg« in Berlin statt, auf dem VertreterInnen von Amazon-Belegschaften aus Spanien, Frankreich und Polen zusammen mit rund 50 deutschen Amazon-KollegInnen über gemeinsame Strategien diskutierten. Schade eigentlich...

Die westpolnische Stadt Poznan hat sich in der letzten Zeit zu einem Ort des Aktivismus in Sachen Arbeitskampf und soziale Bewegungen entwickelt. Mitte September hatten sich bereits ca. 30 Amazon-Beschäftigte vor allem aus Polen und Deutschland in Poznan über die bessere Koordinierung transnationaler Arbeitskampfstrategien ausgetauscht. Eingeladen wurden sie von der anarchosyndikalistischen polnischen Gewerkschaft *Inicjatywa Pracownicza* (IP, Arbeiterinitiative). In wenigen Monaten war es ihr gelungen, KollegInnen im Amazon-Werk in Poznan zu organisieren, das im Winter 2014 als eines von drei Werken in Polen von Amazon auch mit dem Ziel errichtet wurde, eine Alternative zu haben, wenn in Deutschland gestreikt wird. Doch die Spaltungsversuche sind bisher, glaubt man den AktivistInnen, nicht aufgegangen. Im Juni 2015 hatte die IP erstmals eine Solidaritätsaktion mit den streikenden Amazon-Beschäftigten in Deutschland organisiert. Als das Management durch den ver.di-Streik bedingte Ausfälle im Werk von Poznan ausgleichen wollte, traten hunderte Beschäftigte in einen mehrstündigen Bummelstreik.

Genau diese Amazon-Beschäftigen waren allerdings beim transnationalen Strike-Meeting kaum vertreten, das am ersten Oktoberwochenende ebenfalls in Poznan stattfand. »Block Austerity« stand auf dem Transparent im großen Saal des Stadtteilzentrums Amarant, in dem die ca. 150 TeilnehmerInnen aus ganz Europa tagten. Zu den MitorganisatorInnen gehörten Initiativen wie die *Angry Workers* aus Großbritannien sowie AktivistInnen sozialer Zentren Italiens. Aus Deutschland wurde die Konferenz

nach Bedarf«

essenvertretung, Professionalität und Autonomie in der Assistenzarbeit

begleitung in einem Pflegezentrum. Das Unternehmen ist eine Ausgründung des diakonischen Lichtenau e.V. und fungiert konzernintern als Leiharbeitsunternehmen vor allem für Assistenzkräfte, aber auch für Fahr- und Hauswirtschaftsdienste. Es hat ca. 150 MitarbeiterInnen. *Benedikt* arbeitet seit zweieinhalb Jahren bei fab e.V., dem größten Assistenz-Arbeitgeber in der Region mit ca. 400 Beschäftigten. Der »Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter« ist ein 1987 gegründeter Selbsthilfeverein von Menschen mit Behinderung. Vor elf Monaten war Benedikt an der Einleitung von Betriebsratswahlen beteiligt und ist vor zwei Monaten zu einem von elf Betriebsräten gewählt worden. *Marc* arbeitet seit 15 Jahren im Assistenzunternehmen rundum gGmbH. Von den 65 MitarbeiterInnen sind 63 Assistenzkräfte. Für Dezember sind Betriebsratswahlen anberaumt.

express: Worin seht Ihr Besonderheiten Eurer Tätigkeit? Wo liegen die besonderen Herausforderungen in der Interessensvertretung?

Benedikt: Die Leute, die in der Assistenz arbeiten, stehen in der Regel voll hinter den grundsätzlichen Absichten der Assistenzdienste, dass nämlich den AssistenznehmerInnen ein hohes Maß an Autonomie ermöglicht werden soll. Wir sind nur darüber hinaus der Meinung, dass es bei den Arbeitsbedingungen Verbesserungsmöglichkeiten gibt, und deswegen sind wir gewerkschaftlich engagiert. Die Arbeitnehmerinteressen müssen beim Erreichen des Ziels der Assistenzdienste besser berücksichtigt werden.

André: Wir wissen von vielen KollegInnen aus der persönlichen Assistenz, dass die AssistenznehmerInnen oft ein zwiespältiges Verhältnis zu dem haben, was wir gewerkschaftlich machen. Einige finden das generell blöd, weil wir einen Bereich verregeln und verrechtlichen wollen, mit dem sie relativ gut leben können. Das ist insofern verständlich, als es ja in die Privatsphäre geht und das Arbeitszeitgesetz in anderen Haushalten auch keine Rolle spielt.

Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch KundInnen, die das super finden, und die uns auch unterstützen. Für mich ist klar, dass wir die AssistenznehmerInnen in unsere Gespräche einbeziehen müssen, weil wir nicht gegen alle Widerstände für vernünftige, menschengerechte Arbeitsbedingungen eintreten können. Bei dem, was wir in der persönlichen Assistenz vorfinden, schlägt man teilweise die Hände über dem Kopf zusammen. Das variiert zwar von KundIn zu KundIn, aber oft muss man von neofeudalen Abhängigkeiten sprechen, die sich da etabliert haben. Arbeitsrechtliche Minimalstandards sind oft nicht gegeben. Das betrifft nicht nur die Bezahlung, sondern zum Beispiel auch Fragen des Arbeitsschutzes, Arbeitszeitregelungen, all diese Schutzrechte, die wir eigentlich haben, und die wir nicht an der Tür unserer Kundschaft abgeben wollen.

Benedikt: Manche KundInnen unterstützen unsere Aktivitäten aus Eigeninteresse, weil sie sich sagen: Besser bezahlte Leute mit besser geregelten Zeiten kommen ausgeruhter und zufriedener zur Arbeit, da hab ich auch selbst was davon.

Marc: Zum Arbeitszeitgesetz kann ich nur sagen: Schon als ich vor über 20 Jahren meinen Zivildienst in dem Bereich gemacht habe, wurde bei der Zivi-Schulung darauf hingewiesen, wie schwierig das Modell persönliche Assistenz und das Arbeitszeitrecht zu vereinbaren seien. Auch jetzt gilt noch: Die Dienste gehen oft über 24 Stunden, und nicht selten gibt es auch mehrere 24-Stunden-Dienste am Stück. Allerdings ist das oft auch im Interesse der Arbeitnehmer, die dann zum Beispiel vier Tage durcharbeiten und dann längere arbeitsfreie Phasen haben. Auch die Arbeitgeber argumentieren häufig gegen eine stärkere Verregelung, weil sie sich schon jetzt in rechtlichen Grauzonen bewegen. Für mich war die Arbeit lange die Sicherung meiner Miete. Ich war freischaffender Künstler und viel unterwegs, und genau diese Arbeitsstrukturen in der Assistenz haben es mir zum Beispiel ermöglicht, auch mal zweimonatige Projekte im Ausland zu machen, ohne mein Arbeitsverhältnis zu unterbrechen. Voraussetzung dafür war natürlich auch ein kollegiales Team und das Verständnis der Kundin. Das war im Grunde perfekt für mich. In dieser Zeit hatte ich auch keinen Grund, sonderlich aktiv zu werden. Inzwischen sieht das anders aus, weil ich mit der Arbeit mein gesamtes Einkommen bestreite.

André: Man muss sich vielleicht auch noch mal die Arbeitsorganisation vor Augen führen: Wir haben ja keine Betriebsstätte, bei der alle zu Arbeitsbeginn oder -ende rein oder raus gehen, sondern wir arbeiten alle dezentral. Teilweise zu Teams zusammengefasst, wo um eine/n KundIn herum Teams gebildet werden. In manchen Einrichtungen ist man nur bei einem Kunden, bei uns ist es möglich, dass man auch in zwei Teams ist, die dann jeweils aus acht oder neun Leuten bestehen. Mehr Leute sieht man nicht. Als ich angefangen habe, war ich von LiSA der einzige in der Schulassistenz, so hab ich dann gar keine KollegInnen zu Gesicht bekommen. Entsprechend schwierig ist es, überhaupt Rückmeldungen zu bekommen. Das läuft bei uns über Betriebsversammlungen. Das Forum haben wir jetzt gerade erst angefangen vorzustellen. Bene und ich waren als Gewerkschaftsbeauftragte bei der Betriebsversammlung in Marcs Betrieb, auch bei uns haben wir es inzwischen vorgestellt. Für unsere BR-Aufgaben weiß ich von vielen KollegInnen, dass sie sehr dankbar sind, dass sie für bestimmte Fragen einen anderen Ansprechpartner als die Personalabteilung haben.

Marc: Auch bei uns ist es so, dass die meisten bei einer Person arbeiten – ich mache das seit 15 Jahren bei einer Kundin. Das sagt natürlich auch viel über die Qualität unserer Tätigkeit aus, wenn man 15 Jahre Alltagsbegleitung bei einem Menschen macht. Auch ich kenne erstmal nur die Leute, die auch bei dieser Kundin arbeiten. Das macht es in der Phase des Aufbaus eines Betriebsrates, in der wir uns gerade befinden, sehr schwierig, überhaupt an die KollegInnen ranzukommen. Jetzt sind die Vorschlagslisten unterwegs, aber woher sollen die Leute wissen, wen sie wählen sollen, man kennt ja keine KollegInnen... Wir haben jetzt zweimal zu Betriebsversammlungen geladen. Die Resonanz ist gering, könnte aber auch schlimmer sein. Wir müssen jetzt mal gucken, wie hoch die Wahlbeteiligung sein wird. Für einen gewählten Betriebsrat gibt es dann natürlich noch mehr Möglichkeiten, auf die KollegInnen zuzugehen.

Was hat Euch bewogen, das Forum Assistenz zu gründen? Stehen Eure Betriebe in direkter Konkurrenz zueinander?

André: Zunächst mal wissen wir, dass es in Kassel einen Trägerverbund für ambulante Dienste gibt, wo die einzelnen Unternehmen über ihre Repräsentanten in Kontakt stehen und sich austauschen.

Marc: Alle sind auf Gelder der öffentlichen Hand angewiesen, weil es ja nur selten so ist, dass Assistenz oder Betreuung selbst gezahlt werden. Da wissen die Geschäftsführungen dieser Betriebe hoffentlich, dass sie bessere Konditionen aushandeln können, wenn sie in den Verhandlungen mit den Trägern gemeinsam auftreten. Bezogen auf die Kundschaft sind sie allerdings Konkurrenten.

André: Ein Beleg für die Konkurrenz ist, dass bei uns auf diversen Mitarbeiterversammlungen, bei denen es Klagen über die Löhne gab, immer auf fab verwiesen wurde, nach dem Motto: Dann geht doch zu fab, da ist es noch schlechter …

Benedikt: … was, wie wir inzwischen wissen, gar nicht stimmt, weil fab zum Beispiel Be-

Fortsetzung auf Seite 8 oben

Selbstorganisierte Migrantenschule und Materiallager, Piräus

vor allem von der Interventionistischen Linken und dem Blockupy-Netzwerk beworben. Dominiert wurde das Treffen von Gruppen der außerparlamentarischen Linken, die sich positiv auf Arbeitskämpfe beziehen.

Mit oder ohne Gewerkschaften?

Bei den Diskussionen in den Arbeitsgruppen zeigten sich schnell die unterschiedlichen Bezüge der Konferenzbeteiligten zu Streiks und Arbeitskämpfen. So stellten Mitglieder der operaistisch orientierten *Angry Workers* ihre Arbeit in Warenhäusern im Londoner Osten vor. Ein Mitglied berichtete von seinem Arbeitsalltag im Betrieb. Dabei machte er seine Differenz zu gewerkschaftlichen Ansätzen deutlich. Den *Angry Workers* geht es darum, die Probleme der Beschäftigten und deren Umgang damit kennen zu lernen und Konflikte zuzuspitzen. Sie geben eine Zeitung heraus, in der über die Situation an verschiedenen Arbeitsstellen berichtet wird und die für Kooperation wirbt. Gewerkschaftliche Repräsentation aber lehnen die *Angry Workers* ab.

Heiner Köhnen vom basisgewerkschaftlichen *TIE-Netzwerk* orientiert sich in der Frage nach einer gewerkschaftlichen Repräsentanz an den Interessen und Wünschen der KollegInnen. In seinem Input berichtete er über Erfahrungen, die das *TIE-Netzwerk* bei der Stärkung basisgewerkschaftlicher Ansätze in multinationalen Konzernen gemacht hat. Zu den Grundsätzen des Netzwerkes gehört die Förderung von Selbstorganisation – mitunter auch gegen die Gewerkschaftsapparate. Köhnen benannte allerdings auch Probleme bei der Organisierung, deren Ursachen nicht in Gewerkschaftsapparaten und Parteien, sondern in der Umstrukturierung der Arbeitsprozesse liegen. Oft seien für die Kontrollen im Arbeitsprozess nicht mehr die Vorstände oder irgendwelche VorarbeiterInnen, sondern scheinbar unabhängige Marktmechanismen verantwortlich. Da fehle dann der Gegner, an dem sich Konflikte entzünden und radikalisieren können. Das habe auch Einfluss auf die Haltung linker Gewerkschaftsaktivisten: »Es scheint heute attraktiv, sich als Teil eines Teams oder einer Betriebsfamilie zu verstehen. Von diesem Druck zum Korporatismus können sich auch Kollegen nicht freimachen, die als linke Gewerkschafter genau dagegen angetreten sind.« Mit Blick auf Brasilien berichtete Köhnen, dass aus einem kämpferischen, von mehr als 11000 Beschäftigten geführtem Streik eine korporatistische Lösung als Ergebnis herausgekommen ist. »Es wäre zu einfach, Co-Management nur als Problem der traditionalistischen Gewerkschaftspolitik zu sehen. Das Problem liegt in der Änderung der Arbeitsorganisation, in der scheinbar nur noch objektive Marktgesetze walten«, so Köhnen zu einem zentralen Problem linker Gewerkschaftspolitik.

Streik als Teil des Kampfes gegen Austeritätspolitik

Zahlreiche KonferenzteilnehmerInnen aus Deutschland sind durch die Blockupyproteste für die Arbeitskämpfe sensibilisiert worden. »Die wesentlich von Deutschland ausgehende Austeritätspolitik kann nicht nur mit Blockaden und Großdemonstrationen bekämpft werden. Kämpfe am Arbeitsplatz ebenso wie der Widerstand gegen Zwangsräumungen und Vertreibung aus den Stadtteilen sind die wichtigen Alltagskämpfe, die Menschen politisieren und mobilisieren«, erklärte ein Berliner Blockupy-Aktivist. Am 31. Mai 2014 wurde im Rahmen der europäischen Blockupy-Aktionstage versucht, den Geschäftsbetrieb von Bekleidungsläden auf der Frankfurter Zeil für einen Tag lahmzulegen. Dabei wurden die schlechten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten ebenso thematisiert wie die internationalen Ausbeutungsverhältnisse der Bekleidungsindustrie. An diesem Tag kooperierten die Aktivisten auch mit der Belegschaft einer Filiale, die zeitgleich für höhere Löhne streikte. Doch die Kontakte mit den

Fortsetzung auf Seite 8 oben

Fortsetzung von Seite 7 oben

reitschaftsdienste eine ganze Ecke besser bezahlt.

André: Die Idee für das Forum ist dann in der ver.di-Betriebsgruppe der LiSA geboren worden, weil wir uns gesagt haben, dass wir diese »Wenn's Euch nicht passt, dann geht doch nach drüben, da geht's Euch noch schlechter«-Strategie aushebeln müssen. Wir wollten erstmal wissen, ob es wirklich so aussieht, wie wir immer wieder zu hören bekamen. Außerdem wollten wir uns gern mit KollegInnen aus anderen Betrieben über die Arbeitsbedingungen austauschen, um rauszukriegen, wo es ähnliche Probleme gibt. Mit tatkräftiger Unterstützung durch den zuständigen ver.di-Sekretär Florian Dallmann haben wir angefangen, das aufzubauen, treffen uns jetzt einmal im Monat und arbeiten eine Reihe von Themen ab. So haben wir inzwischen einen deutlich besseren Überblick über die Entlohnungsbedingungen und kommen trotz aller Unterschiede zu dem Ergebnis, dass wir unterm Strich alle in etwa auf dem gleichen Niveau sind.

Diskutiert Ihr gemeinsame Zielsetzungen?

Benedikt: Was mittelfristig bestimmt niemand von uns ablehnen würde, ist das, was die KollegInnen beim CeBeeF in Frankfurt geschafft haben, nämlich eine Bezahlung, die orientiert ist am TVöD – nicht nur für die Geschäftsstelle, sondern auch für die Leute, die außerhalb des Hauses arbeiten, für alle Assistenzkräfte. Da wird dann auch der Zusammenschluss mit den KundInnen wieder relevant. Und auch mit den Arbeitgebern, um gemeinsam die Kostenträger dazu zu bewegen, dass sie nur noch Aufträge vergeben an Betriebe, die ihre Bezahlung an den TVöD anlehnen.

Zunächst ist aber eine Arbeitsgruppe unseres Forums mit der Formulierung eines Berufsbilds der persönlichen Assistenz befasst. Die Schaffung eines Verständnisses unserer beruflichen Tätigkeit ist eine sehr wichtige Grundlage für die gesellschaftliche Wertschätzung unserer Tätigkeit, nicht zuletzt für die materielle.

Darüber hinaus sind wir über UAPA (Unabhängige ArbeitnehmerInnenvertretungen in der persönlichen Assistenz) auch mit dem BR der Assistenzgenossenschaft in Bremen in Kontakt. Dort gibt es offenbar Gespräche mit den zuständigen Behörden über die Einrichtung eines Ausbildungsberufes in der persönlichen Assistenz. Das würde natürlich auch eine höhere Eingruppierung rechtfertigen. In Berlin gibt es die Möglichkeit, begleitend zur Arbeit eine Altenpflegeausbildung zu machen, was ebenfalls eine höhere Bezahlung begründet und möglicherweise auch arbeitsschutzrechtliche Bedenken ausräumt, wenn man entsprechend qualifiziert ist.

André: Dazu man muss allerdings sagen, dass dieser Punkt innerhalb des Forums umstritten ist. Es ist keineswegs eine gemeinsame Position des Forums, dass wir solche Qualifizierung einfordern und unsere Lohnforderungen darauf gründen. Es gibt auch die Position, dass gerade der Bereich der Persönlichen Assistenz nicht »professionalisiert« werden sollte. Die autonome Behindertenbewegung mit ihrer Kritik an Herrschaft und Machtasymmetrien wollte ja ausdrücklich keine ausgebildeten Leute, die ihnen sagen, wie sie richtig zu lagern sind usw.

Benedikt: Es muss sich aber nicht unbedingt widersprechen, eine fachliche Ausbildung zu haben und gleichzeitig die Autonomie der AssistenznehmerInnen zu achten.

Marc: Ich gehöre zu denen, die in diesem Punkt sehr kritisch sind. Ich finde, dass es in der persönlichen Assistenz unbedingt möglich sein muss, dass die AssistenznehmerInnen auch Leute beschäftigen, die sie kennen und schätzen, völlig unabhängig davon, welche Ausbildung diese Leute haben. Der Assistenznehmer muss vollkommen frei entscheiden können, wen er bittet, diese Arbeit zu machen. Alles andere würde ich mir in einer vergleichbaren Situation auch nicht gefallen lassen. Niemand kann besser als ich entscheiden, wer dazu geeignet ist, meinen Alltag zu begleiten. Was ich auch für eine gute Idee halte, ist, begleitend zur Arbeit in der Assistenz die Möglichkeit zu haben, Qualifikationen zu erwerben. Auf keinen Fall als Einstellungsvoraussetzung, aber als begleitende Option. Hier lohnt es sich auf jeden Fall, weiter nachzudenken, wie auch über Qualifikation das Berufsbild aufgewertet werden kann, ohne das Autonomiekonzept zu beschädigen.

André: Zunächst einmal geht es darum, in der Gesellschaft allgemein und besonders auch innerhalb der Gewerkschaft überhaupt Anerkennung zu erlangen dafür, was in dieser besonderen Arbeit Wichtiges geleistet wird, dass nämlich für Menschen mit Behinderung gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wird. Das sollte eine Gesellschaft sich auch etwas kosten lassen. Tatsächlich sind diejenigen, die das machen, meist im Niedriglohnsektor tätig, und man kann nicht sagen, dass sie ohne Schwierigkeiten von dieser Arbeit leben können. Es hat eher Zweitjobcharakter: Viele KollegInnen machen das begleitend zur Uni, denen passen dann oft die 24-Stunden-Dienste ganz gut – in etwa: Ich mache vier Dienste im Monat und habe dann den Rest der Zeit zum Studieren und Freizeit. In der Schulassistenz gibt es viele Kolleginnen, die einen ganz gut verdienenden Ehemann haben, und die gern im Rahmen geringfügiger Beschäftigung dazuverdienen wollen. Ein Ziel haben wir ja schon fast erreicht, dass nämlich in allen beteiligten Einrichtungen Betriebsräte gewählt werden. Wenn es dann am Jahresende oder Anfang nächsten Jahres noch zwei Betriebsräte mehr gibt, ist das schon mal eine gute Geschichte.

Wie sind die Wahlen zu den Betriebsräten verlaufen? Gab es Probleme?

André: Für unseren Betrieb kann ich klar sagen, dass unsere Geschäftsleitung uns keine Steine in den Weg gelegt hat. Unabhängig davon, welche Auseinandersetzungen wir seither mit der Geschäftsleitung haben: Bei der Betriebsratswahl haben sie sich tadellos verhalten.

Marc: Bei uns ebenfalls.

Benedikt: Bei uns gab es einen Konflikt um die Daten der geringfügig Beschäftigten. Die wollten wir von der Geschäftsleitung haben, um zu prüfen, ob diese KollegInnen als in den Betrieb integriert zu betrachten sind, weil sie damit wahlberechtigt sind. Bei Leuten, die nicht nur zweimal im Jahr auftauchen, sondern zum Beispiel regelmäßig vier Stunden die Woche arbeiten, war das nach Auffassung des Wahlvorstandes der Fall. Die Herausgabe dieser Daten mussten wir über das Arbeitsgericht erstreiten. Bis auf diesen Punkt war der Arbeitgeber bei der Betriebsratswahl aber weitgehend kooperativ. Andere Betriebe im Forum Assistenz hatten solche Schwierigkeiten allerdings nicht.

Auf welche Probleme stoßt Ihr in der bisherigen Betriebsratsarbeit?

Benedikt: Bei vielen Fragen merken wir – und ich kann hier nur für meine drei ver.di-Kolleginnen und mich sprechen, ich vertrete ja hier nicht den Betriebsrat –, dass ein großer Knackpunkt der Arbeitsvertrag ist. Da heißt es: Arbeit nach Bedarf, mindestens eine Stunde im Monat, an manchen Tagen aber auch mehr als acht Stunden. Das schafft bei nicht wenigen KollegInnen ein Gefühl von Abhängigkeit, weil es scheinbar allein in ihrer Verantwortung liegt, genug Stunden zusammenzubringen. Wenn ein Kunde Dich beispielsweise nicht mehr beschäftigen möchte oder er ins Krankenhaus kommt oder verstirbt, dann sieht das so aus, als ob das Dein persönliches Problem als Assistenzkraft wäre, und nicht das Deines Arbeitgebers, der bislang aus Deiner Arbeitskraft seine Einnahmen bezogen hat. Das schafft auch ein Klima der Angst, weil immer die stille Drohung im Raum steht, dass man keine Schichten bekommt, wenn man sich falsch verhält.

André: Der ganz normale Wahnsinn der betriebsrätlichen Arbeit. Vielleicht ist es ja in allen Unternehmen so, dass der Arbeitgeber alle Regelungen und Vorgaben zu seinen Gunsten immer automatisch erfüllt, und alle Bestimmungen zu Gunsten der Arbeitnehmer erst auf Nachhaken – da funktioniert der Automatismus dann oft nicht. Das nervt mich als Betriebsrat und Gewerkschafter ungemein. Auch beim Stichwort Annahmeverzug, also wenn unsere Arbeitsleistung nicht abgerufen wird: Da sind wir als Leiharbeiter durch die Regeln zur Arbeitnehmerüberlassung nochmal besonders geschützt, weil es einen Paragraphen gibt, der vorsieht, dass die Arbeitnehmer auch in den verleihfreien Zeiten so bezahlt werden müssen, als hätten sie gearbeitet, damit der Unternehmer das Beschäftigungsrisiko nicht auf die Arbeitskräfte abwälzen kann. Dem versucht unser Leiharbeits-Tarifvertrag auch Rechnung zu tragen. Das heißt aber noch lange nicht, dass nicht eine Kollegin zum Beispiel, wenn ein Kunde krank wird, nicht plötzlich einen Haufen Minusstunden aufs Konto gebucht kriegt, obwohl das verboten ist und normal gezahlt werden müsste. Auch wenn geregelt ist, dass wir nicht mehr als 21 Minusstunden haben dürfen, heißt das noch lange nicht, dass der Arbeitgeber von sich aus sagt: »Oh, Du hast zu viele Minusstunden, dann bezahlen wir Dich jetzt regulär!« Das sind individualrechtliche Ansprüche, die wir auf Betriebsversammlungen klar machen, die letzte zum Beispiel unter dem Motto »Deine Ansprüche, Dein Geld!«

Plakat der Solidarischen Praxis Nea Philadelphia / Attika

Vielen Dank für Gespräch!

** Die Fragen stellte Stefan Schoppengerd*

Fortsetzung von Seite 5 unten

Beschäftigten waren temporär. Ein längerfristiger Kontakt ist meist nicht entstanden. Ein weiterer Versuch, Arbeitskämpfe und radikale Linke zu verbinden, wurde auf der Konferenz gar nicht mehr angesprochen: der Aufruf zur Unterstützung eines europäischen Generalstreiks, der im Jahr 2013 aus dem linksradikalen Mobilisierungsnetzwerk M31 vorgeschlagen wurde. Die Initiative war unter dem Eindruck einer großen Streikwelle in verschiedenen südeuropäischen Ländern im November 2012 entstanden. Eine kritische Reflexion über die Gründe des Scheiterns wäre durchaus auch in Poznan sinnvoll gewesen. Dabei wäre man sicher auf Probleme gestoßen, die auch auf der Konferenz deutlich wurden.

Auf der Suche nach den sozialen Streiks

In den Diskussionen auf der Konferenz spielte die Definition des sozialen Streiks eine wichtige Rolle: Ein zentrales Merkmal sei die Selbstorganisation der Beschäftigten, die von Gewerkschaften unterstützt, aber nicht angeleitet werden sollen. Außerdem soll der soziale Streik neben dem Arbeitskampf im Betrieb auch gesellschaftlich wichtige Themen wie die Auseinandersetzung um die Miete und den Wohnraum umfassen. Ein sozialer Streik ist also ein Arbeitskampf, der auf die Gesellschaft ausstrahlt. Ein Beispiel dafür gab in Poznan ein vor einigen Wochen gekündigter Mitarbeiter der Lebenshilfe Frankfurt a.M. Seit Monaten kämpfen dort Beschäftigte für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Auf einer Protestkundgebung während eines Gartenfests der Lebenshilfe waren Symbole der DGB-Gewerkschaften GEW und ver.di ebenso zu sehen wie die schwarzroten Fahnen der Freien Arbeiter Union (FAU). Im Anschluss an die Protestkundgebung formierte sich eine Demonstration, die durch den Stadtteil Bornheim zog, wo auf den Zusammenhang zwischen Hartz IV, Niedriglohn, Mietschulden und Zwangsräumungen hingewiesen wurde.

Die Debatte über den transnationalen Streik, wie sie in Poznan angeschnitten wurde, ist zweifelsohne wichtig. Doch wird es eine Fortsetzung geben? Das blieb bisher offen. Hier sollte ein wesentliches Versäumnis aus Poznan nicht wiederholt werden. Auf der Konferenz wurde nicht versucht, mit Initiativen zu kooperieren, die bereits seit vielen Jahren einen transnationalen Widerstand gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse zu organisieren versuchen. Dazu gehört das europäische Euromarsch-Netzwerk, das bereits seit fast 20 Jahren europaweit gegen Prekarisierung aktiv ist. Es wäre sicher interessant gewesen, sich mit VertreterInnen dieses Netzwerks über deren Erfahrungen auszutauschen.

Viele Fragen wurden in Poznan angesprochen und kontrovers diskutiert. Dazu gehörte der Vorschlag einer Plattform mit den vier Forderungen nach einem europäischen Mindestlohn, europäischem Grundeinkommen, europäischen Sozialleistungen und einer Mindestaufenthaltserlaubnis für Geflüchtete.

Schlussendlich bleibt natürlich die Frage: Wird über transnationalen Streik nur debattiert oder wird er auch praktiziert? Einige konkrete Aktionen für länderübergreifende Arbeitskampfaktivitäten wurden in Poznan vorgestellt. So wurde die Idee eines transnational koordinierten Streiks von MigrantInnen für den 1. März 2016 aufgegriffen. In mehreren Ländern war der 1. März bereits vor einigen Jahren ein Aktionstag für migrantische Rechte. Größere Aktivitäten gab es zuletzt 2013; österreichische Initiativen haben dazu eine informative Homepage erstellt (http://www.1maerzstreik.net/index.php). Für die länderübergreifende Amazon-Karawane steht allerdings bisher ebenso wenig ein Termin fest wie für die nächsten europaweiten Blockupy-Aktionstage.

Griechenland und die enttäuschten Hoffnungen

Ein politischer Reisebericht von Rainer Thomann

Rainer Thomann ist Mitglied einer Gruppe von in Betrieben und Gewerkschaften aktiven Menschen, die seit September 2012 regelmäßig Solidaritätsreisen nach Griechenland unternommen haben. Dort haben sie sich mit griechischen GewerkschafterInnen, sozial engagierten Menschen, AntifaschistInnen etc. getroffen und ausgetauscht und auch Gegenbesuche ihrer griechischen FreundInnen mit zahlreichen Veranstaltungen in deutschen Städten organisiert. Unser Ziel war und bleibt es, in Deutschland für Solidarität mit dem Widerstand gegen die Diktate der Troika zu werben. Insbesondere in den Gewerkschaften setzen wir uns für praktische Hilfe und Unterstützung der griechischen KollegInnen ein. Wir dikumentieren heir den berichjt über die Solireise im September dieses Jahres.

»Die Hoffnung kommt« und dazu das strahlende Gesicht von Alexis Tsipras. Mit diesem Plakat gewann Syriza die Wahlen vom 25. Januar 2015 und wurde Regierungspartei. Nach einem halben Jahr ist die damalige Begeisterung verflogen, die Hoffnungen sind zerstört oder zumindest in die Zukunft verschoben.

»Wir gewinnen die Zukunft« steht nun auf den Plakaten von Syriza für die Wahlen vom 20. September, vor dem Hintergrund eines ernst dreinblickenden Tsipras', der sich vom einstigen Hoffnungsträger zum Vollstrecker all dessen, was er einst bekämpft hatte, gewandelt hat.

Am Vortag der Wahlen fliege ich nach Athen. Es ist meine vierte Solidaritätsreise, zusammen mit deutschen GewerkschafterInnen und anderen solidarischen Menschen. Oft sind es Randbemerkungen, beiläufige, fast zufällige Äußerungen, die einen Sachverhalt treffender charakterisieren als tiefschürfende Analysen. Am Sonntagabend, als das Wahlergebnis bereits feststeht, erzählt mir eine Frau aus Deutschland, die nicht zu unserer Reisegruppe gehört, aber im selben Hotel wohnt, sie habe soeben mit einem sturzbetrunkenen Anarchisten gesprochen, der seine Stimme erneut Syriza gegeben hat. Diesmal habe er sich erst danach betrunken, nachdem er im Januar so besoffen gewesen war, dass er gar nicht mehr habe zur Wahl gehen können.

Die Wahl des kleineren Übels

Die tragisch-komische Episode macht deutlich, warum Syriza prozentual fast den gleichen Stimmenanteil erhalten hat wie im Januar. Es ist die Wahl des kleineren Übels. Dies und vor allem auch die Angst vor einer Rückkehr der Rechten haben zum Wahlsieg von Syriza geführt. Hoffnungen macht sich vermutlich niemand mehr. »Es ist besser, dass Syriza gewonnen hat und nicht die Nea Demokratia«, bringt es am Montagabend Giorgos, einer der Wortführer der »Offenen Versammlung von Perama«, vorsichtig auf den Punkt. Wir kennen uns seit zwei Jahren und marschierten am 1. Mai 2014 an der Abenddemo in Berlin zusammen in der ersten Reihe. Ich weiß, dass er Mitglied bei Syriza ist – oder war. Er wirkt gesundheitlich angeschlagen und schaut so traurig drein, dass ich es gar nicht wage, ihn darauf anzusprechen.

Seit der gewaltsamen Auflösung der Besetzung des Syntagma-Platzes im Sommer 2011 trifft sich die »Offene Versammlung von Perama« jeden Montagabend. Die Zahl der Teilnehmenden – mehrheitlich Frauen – schwanke zwischen einigen Dutzend bis zu mehreren Hunderten, erzählt man uns. Die Windrose ist das Symbol der Stadtteilinitiative, die parteipolitisch unabhängig, jedoch keineswegs politisch neutral ist. Denn die vier Himmelsrichtungen stehen für: Selbstorganisation, Solidarität, Widerstand, Umsturz. In diesem verarmten Vorort von Piräus, wo die Arbeitslosigkeit bei über 80 Prozent liegt, stehen Selbstorganisation und Solidarität im Vordergrund. Nahrungsmittelhilfe an bedürftige Familien, kostenloser Nachhilfeunterricht für Kinder, dessen Bedeutung wächst, je mehr das staatliche Bildungswesen zerfällt, aber auch ganz direkte Aktionsformen zivilen Ungehorsams und kollektiven Widerstands wie beispielsweise das Recht auf Stromversorgung oder kostenloser Nahverkehr für Arbeitslose und Studierende.

»Selbstorganisation, Solidarität, Widerstand, Umsturz«

Familien, denen wegen offener Rechnungen der Strom abgeschaltet wurde, werden wieder ans Netz angeschlossen. »Wie reagiert denn die Elektrizitätsgesellschaft auf diese illegalen Stromanschlüsse?«, fragt jemand aus unserer Reisegruppe. »Sie stellen den Strom wieder ab – und wir schalten ihn danach wieder an«, lautet die Antwort. Das ist eine der Formen des modernen »Guerillakrieges« im krisengeschüttelten Griechenland. Eine andere ist die praktische Durchsetzung des kostenlosen Nahverkehrs, indem Leute der Stadtteilinitiative wochenlang Tag für Tag in den Linienbussen mitfuhren und die Kontrolleure notfalls handgreiflich hinauswarfen. Die »Offene Versammlung von Perama« kann als Keim einer künftigen, solidarischen Gesellschaft gelten, die zwischen den Trümmern der bürgerlichen Gesellschaft heranwächst und deren Wurzeln kräftiger und tiefer werden, je länger die Krise andauert.

Ob sich denn seit Januar wirklich nichts geändert habe, wirft jemand der deutschen Gäste ein. Die Unterstützung bedürftiger Familien sei doch eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung gewesen. Ja, es gebe dieses Gesetz, lautet die Antwort. Doch die Umsetzung sei derart bürokratisch und schwerfällig, dass die Hilfe kaum bei den Betroffenen ankomme. Ganz anders bei der Stadtteilinitiative: »Bei uns muss niemand zuerst seine Bedürftigkeit nachweisen.« Ob das Beispiel repräsentativ für ganz Griechenland ist oder ob an anderen Orten eine bessere Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und sozialen Bewegungen stattfindet, weiß ich nicht. Es sieht jedoch ganz danach aus, als wären Selbstorganisation und Solidarität die wirksameren Mittel gegen materielle Not als staatliche Hilfsprogramme.

Die Solidaritätsstrukturen als konkrete Alternative zu Spardiktaten und Privatisierungen

Ein anderes Beispiel für die Überlegenheit der Solidaritätsstrukturen gegenüber den staatlichen Institutionen erfahren wir in Thessaloniki. Eine Ärztin, die in der Solidaritätsklinik aktiv ist, kommt soeben von ihrer Schicht auf der Intensivstation eines großen Krankenhauses. Die Übermüdung steht ihr ins Gesicht geschrieben. Große Mühe bereite vor allem das Fehlen elementarster Gegenstände wie Verbandsstoff und Handschuhe. »Das sind Dinge, die nicht viel kosten, aber sie sind nicht mehr vorhanden«, stellt sie fest. Aus diesem Grund sei sie auch schon so weit gegangen, dass sie solche aus den Vorräten der Solidaritätsklinik ins Krankenhaus mitgenommen habe.

Das Ausbluten der öffentlichen Einrichtungen in Griechenland folgt durchaus einem Kalkül der europäischen Eliten. Indem mit den Spardiktaten der staatlichen Grundversorgung die finanziellen Ressourcen entzogen werden, wird der Boden für die Privatisierung von Bildung und Gesundheit vorbereitet. Für jede Zivilgesellschaft sind letztere unentbehrlich, vergleichbar mit dem Wasser, ohne das es kein Leben gibt und das nun ebenfalls privatisiert werden soll.

In einem Referendum haben zwar 98 Prozent der Bevölkerung von Thessaloniki gegen die Privatisierung ihrer Wasserversorgung gestimmt. Nach dem Willen der EU soll sie dennoch an einen multinationalen Konzern verkauft werden, zumindest teilweise und in

Fortsetzung auf Seite 10 oben

Seife im Lager von Vio.Me

Showdown bei Vio.Me?

Fabrikbesetzer wehren sich gegen Zwangsversteigerung

Seit zweieinhalb Jahren wird die ehemalige Baustofffabrik Vio.Me im griechischen Thessaloniki nun in Selbstverwaltung durch die 22 Arbeiter geführt. Die Produktion wurde auf ökologische Reinigungsmittel und Seifen umgestellt. Die Arbeiter reagierten mit ihrem beherzten Vorgehen auf die Aufgabe der Fabrik durch die ehemaligen Eigentümer. Jetzt sehen sie den Bestand ihres Projektes akut bedroht und appellieren an ihre griechischen und internationalen UnterstützerInnen. Das Gelände, auf dem die Fabrik sich befindet, soll Ende November zwangsversteigert werden.

Die Besetzer fordern eine Abtrennung des Fabrikgrundstücks vom Versteigerungsobjekt; sie nehmen nur etwa ein Siebtel der fraglichen Fläche ein. Dem wollen sie mit Aktionen Nachdruck verleihen – am 24. November soll eine Demonstration stattfinden, am 25. eine landesweite Versammlung der UnterstützerInnen. Am 26. soll eine Blockade des Gerichts den Zwangsversteigerungstermin unmöglich machen.

In die Syriza-Regierung setzen sie indes keine große Hoffnung mehr. Im Frühjahr 2014 war Alexis Tsipras in der Fabrik zu Gast und sagte seine Unterstützung zu. Jetzt bleibt die Regierung aber untätig und lehnt angebliche Eingriffe in »Privatangelegenheiten« ab.

In mehreren europäischen Ländern werden Solidaritätskomittees dem Aufruf folgen und durch Veranstaltungen und Aktionen zeigen, dass die Besetzung internationale Sympathien genießt. Anlässlich des allgemeinen Streiks am 12. November fand laut *Neues Deutschland* (18. November 2015) bereits eine Kundgebung vor der griechischen Botschaft in Berlin statt, bei der die Bedrohung des Selbstverwaltungsprojektes kritisiert wurde.

(StS)

CONTRASTE
DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

SCHWERPUNKT: GESUNDHEIT, GENDER & SELBSTORGANISATION
* Weil die Schulmedizin versagte, halfen sich Frauen selbst - Interview mit Rosanna Piancone.
* Wie meine Oma ins Leben half so starb sie auch - eigensinnig und pragmatisch.
* Entrechtung von Frauen als Ergebnis kapitalistischer Regulation.
Probelesen: www.contraste.org
FRAUEN-KOOPERATIVEN IN ROJAVA
Der Aufbau der Frauenökonomie stellt den dynamischsten Sektor im wirtschaftlichen Bereich dar.
BAKUNINHÜTTE WIRD KULTURDENKMAL
Erstes Haus der anarchosyndikalistischen Bewegung steht unter Denkmalschutz.
NEUER BIOLADEN IN KASSEL
Das »Schmackes«-Kollektiv bietet seit August vor allem Produkte von regionalen Erzeuger*innen an.
EIN SCHNUPPERABO
3 MONATE FREI HAUS - FÜR NUR 7,50 €!
Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden!
Gegen Vorkasse: Schein / Briefmarken / Bankeinzug.
Bestellungen im Internet oder über:
CONTRASTE e.V., Schönfeldersr. 41A, 34121 Kassel

Fortsetzung von Seite 9 oben

mehreren Schritten. Genaueres sei noch nicht in Erfahrung zu bringen, erzählen unsere Gesprächspartner der Initiative »Σώστε το νερό« (Rettet das Wasser). Sie wirken ratlos und entmutigt. Aufgeben wollen sie dennoch nicht. In ihrer Ratlosigkeit fragen sie uns, wie es in Griechenland weitergehen soll. Was hätten wir bloß antworten sollen?

Hier wie auch bei allen anderen Treffen mit AktivistInnen des Widerstands gegen Spardiktate und Privatisierungen kommt eine große Dankbarkeit unserer Reisegruppe gegenüber zum Ausdruck. Es sind weniger die Spendengelder, die wir überbringen und die selbstverständlich sehr willkommen und dringend nötig sind. Es ist vor allem unsere physische Präsenz, die zählt. Die Tatsache, dass wir in unseren Ferien und auf unsere Kosten ein weiteres Mal nach Griechenland gereist sind, gebe ihnen Mut und Zuversicht, um allen Schwierigkeiten zum Trotz weiterzukämpfen. Es sind jeweils sehr ergreifende und berührende Momente gelebter internationaler Solidarität, in denen wir deutlich spüren: Es ist der gleiche Kampf gegen die weitere Ausbreitung moderner Barbarei und für eine solidarische Gesellschaft, der uns eint.

Von entscheidender Bedeutung ist für mich, dass sich auch nach dem Scheitern von Syriza die solidarischen Strukturen weiter ausbreiten. Ihre Zahl hat sich in den letzten drei Jahren verdoppelt. Über vierhundert seien es inzwischen, über das ganze Land verteilt und aus allen Lebensbereichen.[1] Zu den Spardiktaten, die nun auch von Tsipras – im Gleichklang mit Merkel – als alternativlos bezeichnet werden, sind sie zurzeit die einzige konkrete Alternative. Gleichzeitig sind sie weit davon entfernt, die zerfallenden Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft ersetzen zu können. Die solidarischen Kliniken beispielsweise sind Ambulatorien medizinischer Erstversorgung und verfügen nicht über die Einrichtungen eines Krankenhauses. Dennoch weisen sie den Weg in Richtung einer solidarischen Gesellschaft ohne Lohnarbeit und Staat. In einem nächsten Schritt werden möglicherweise die Beschäftigten der Krankenhäuser dafür sorgen, dass dort Menschen ohne Krankenversicherung unentgeltlich behandelt werden. Punktuell dürfte das ohnehin bereits der Fall sein, indem diese heimlich an der offiziellen Administration vorbei geschleust werden – analog zu den illegalen Stromanschlüssen in Perama und an anderen Orten.

»Entweder Du bringst Dich um oder Du kämpfst weiter«

Es sind solche ganz praktischen Antworten, die im Griechenland der enttäuschten Hoffnungen kurzfristig das Überleben in der Krise ermöglichen und aus denen sich längerfristig eine neue politische Alternative entwickeln kann. Auch wenn heute noch niemand weiß, wie sie im Einzelnen aussehen wird. Die Stimmung treffend auf den Punkt gebracht hat eine griechische Genossin, die erzählt, sie habe eine schwere Depression – vermutlich sowohl privater als auch politischer Natur – hinter sich, doch jetzt gehe es wieder: »Entweder Du bringst Dich um oder Du kämpfst weiter – eine andere Möglichkeit hast Du nicht.« Für Menschen, deren Vorfahren für ihre Überzeugungen im Gefängnis saßen, ist es undenkbar zu kapitulieren. Entweder sterben oder weiterkämpfen, diese Haltung ist tief im kollektiven Bewusstsein jenes Teils der griechischen Bevölkerung verankert, der sich als politisch links versteht.

Ein Land, das einen Bürgerkrieg durchgemacht hat, der mit Siegern und Besiegten endete, bleibt auch noch Generationen später ein gespaltenes Land, obwohl oberflächlich gesehen die Gräben längst zugeschüttet sind. Es genügt dann ein Ereignis wie das Referendum vom 5. Juli, damit die Risse wieder sichtbar werden. Hier liegt möglicherweise der tiefere Grund, weshalb Tsipras am Tag danach das Gegenteil dessen tat, was von ihm erwartet worden war: Er traf sich mit den Präsidenten der bürgerlichen Parteien, einigte sich mit ihnen darauf, dass das Ergebnis des Referendums wirkungslos bleiben soll und bildete damit faktisch eine Regierung der nationalen Einheit. Die tiefe Spaltung der griechischen Gesellschaft, die sich mit dem Ausbreiten der Krise weiter verschärft, drohte offensichtlich zu werden und musste unverzüglich und um jeden Preis wieder zugedeckt werden. Wie hoch der Preis tatsächlich ist, den all jene zu bezahlen haben, die vor einigen Jahren Syriza zu ihrem Hoffnungsträger gemacht hatten, wird sich in naher Zukunft zeigen, wenn die Auswirkungen des dritten Memorandums spürbar werden.

Protest gegen Hellas Gold in Chalkidiki

Hellas Gold zerstörerisch für Mensch und Natur

Es wäre verfehlt und naiv, das Aufbrechen von Gräben und Rissen in der Gesellschaft einfach vorbehaltlos zu bejubeln. Ein Beispiel ist der Konflikt auf der Halbinsel Chalkidiki. In Skouries habe es in der Antike bereits einmal einen ganz kleinen Goldabbau gegeben, erzählt man uns. Dort wachse auch 2000 Jahre später nichts mehr. Das größte Verbrechen von Hellas Gold bestehe jedoch in der Zerstörung der Dorfgemeinschaft. »Man hat uns gegeneinander aufgebracht.« Die Spaltung verlaufe oft mitten durch Familie und Verwandtschaft. Oder Nachbarn, die nun nicht mehr miteinander sprechen und verfeindet sind. In den Dörfern um Skouries wird es erst dann wieder Frieden geben, wenn das verbrecherische Bergbauprojekt definitiv begraben ist. Es geht nicht um den kurzfristigen Broterwerb für einen Teil der Bevölkerung, sondern um die Lebensgrundlagen auch der künftigen Generationen.

Das Referendum vom 5. Juli war gewissermaßen die Spitze des Eisbergs, welche die unter der Oberfläche liegenden gesellschaftlichen Widersprüche erahnen ließ. Treffender wäre vielleicht der Vergleich mit einem verborgenen Vulkan, dessen Temperatur sich erhitzt und abkühlt und vom dem alle wissen: Irgendwann wird er wieder ausbrechen, wobei noch nicht feststeht, wie stark dann die gesellschaftlichen Heere sind, die sich gegenüberstehen, über welche Waffen sie verfügen werden und welche Formen die Auseinandersetzung annehmen wird.

Die Goldene Morgenröte in der Defensive

Aufgefallen ist mir dieses Jahr bei allen unseren Gesprächspartnern, dass die Goldene Morgenröte kaum mehr ein Thema ist. Ganz im Unterschied zu den Solidaritätsreisen vor zwei, drei Jahren. Das dürfte damit zusammenhängen, dass die Faschisten seit dem Mord an dem Musiker Pavlos Fyssas in der Defensive sind. Vor allem aber liegt der Grund darin, dass der Aufruf »Niemand allein in der Krise!« nicht ungehört verhallte und einen »Krieg der Armen« untereinander weitgehend verhindert hat. Und wo sich die Nazis in der Öffentlichkeit zeigen, werden sie konsequent bekämpft. All dies hat dazu geführt, dass bei den Wahlen vom 20. September die Goldene Morgenröte nur unbedeutend zugelegt hat (von 6,28 auf 6,99 Prozent). Im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern hat es in Griechenland keine politische Entwicklung nach rechts gegeben. Sie bleibt aber weiterhin eine Gefahr, die nicht verharmlost werden darf. Man soll eine solche aber auch nicht herbeireden und sie größer machen, als sie ist, indem man dauernd die Goldene Morgenröte als »drittstärkste Partei« bezeichnet und dabei verschweigt, dass der Unterschied zur zweitstärksten Partei, der ND, mehr als 20 Prozent beträgt.

Gründe für das Scheitern von Syriza

Noch nie habe ich so lange gebraucht wie dieses Jahr, um meine Reiseeindrücke in Worte zu fassen. Es ist alles andere als einfach, in einer derart komplexen, widersprüchlichen Situation die Orientierung nicht zu verlieren. Die Versuchung ist groß, sich entweder weiterhin an Hoffnungen zu klammern, die längst wie Seifenblasen geplatzt sind, oder kurzerhand Sündenböcke – sog. »Verräter« – ausfindig zu machen, denen man die Schuld für die enttäuschten Hoffnungen zuschieben kann. Fatal wäre es vor allem, wenn nun innerhalb der sozialen Bewegungen jene, die zu der einen oder der anderen Tendenz neigen, einander wie Feinde behandeln würden statt weiterhin zusammenzuarbeiten.

Die Stärke von Syriza bestand ja vor allem darin, dass es während Jahren gelungen war, über alle ideologischen Gräben hinweg eine gemeinsame, breite Front aufzubauen. Nur so ist es erklärbar, dass Syriza zum Hoffnungsträger des sozialen Widerstands gegen die Spardiktate auserkoren worden war. Die Gründe, die zum Scheitern von Syriza geführt haben, müssen sorgfältig untersucht werden. Einer davon dürfte darin bestehen, dass nach dem überraschenden Wahlerfolg von 2012, als die Übernahme der Regierung erstmals in greifbare Nähe gerückt war, diesem Ziel alles andere untergeordnet wurde. Dazu gehörte die Schaffung einer straff hierarchisch aufgebauten Partei, wie es von der Mehrheit der Delegierten anlässlich des Parteitags im Juli 2013 beschlossen wurde. Unter diesen Voraussetzungen war es dann eine Frage der Zeit, bis die Spitze sich allmählich von der Basis entfernte und irgendwann verselbständigte.

Diese Entwicklung kann, vor allem rückblickend, ziemlich einfach nachgezeichnet werden. Doch war sie auch unvermeidlich? In einem Mitte September 2015 veröffentlichten Interview sprach der ehemalige Syriza-Ökonom Jannis Milios von zwei Seelen innerhalb von Syriza: »Syriza hatte zwei Seelen. Die eine war der Reformismus und die Staatsfixierung der traditionellen Linken – sowohl derjenigen, die aus der sowjetischen Tradition stammt, als auch derjenigen, die eine eurokommunistische Herkunft hat. Die andere Seele war der Radikalismus der globalisierungskritischen Bewegungen der ersten Jahre des 21. Jahrhunderts. In der regierenden Syriza wurde die erste Seele viel stärker als die zweite. Leider trifft diese Feststellung auch

Über das Recht zu bleiben und zu gehen

Von Ouagadougou über Mytilini nach Nickelsdorf und weiter

Kaum eine Bewegung der letzten Jahre hat zu solch unterschiedlichen Interpretationen und Reaktionen geführt wie die aktuelle Migrationsbewegung. Von »Wir schaffen das« über »Ströme«, »Wellen«, »Fluten« und entsprechenden Bedrohungs- und Überforderungsszenarien bis zur demografischen Instrumentalisierung der MigrantInnen und Flüchtlinge für Renten- und Steuersysteme oder der Hoffnung auf einen neuen Wohnungsbau- und Beschäftigungs-Keynesianismus für alle. Eines geht in diesen »Wir-und-Die«-Szenarien unter: die Perspektive und aktive Rolle der MigrantInnen selbst. Wir dokumentieren hier eine gekürzte Einschätzung von »transact«, einem Zusammenschluss verschiedener migrationspolitischer Initiativen, die in den MigrantInnen nicht nur Objekte und »Opfer« sehen, und in den Fluchtbewegungen »Kämpfe um Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung«:

Die Dublin-Regelung geschleift bis außer Kraft, Frontex mit dem Rücken zur Wand, Europas Grenzen außer Kontrolle: In neuer Dimension und mit anhaltender Hartnäckigkeit haben die Bewegungen der refugees und migrants das EU-Grenzregime regelrecht überrannt. Das Recht auf Bewegungsfreiheit wird tagtäglich tausendfach durchgesetzt, im Zentralen Mittelmeer und in der Ägäis, durch Italien und über die Balkanroute, in Deutschland bis nach Skandinavien. Die Gegenseite versucht mit allen Mitteln, die verlorene Kontrolle zurückzugewinnen. Sie schärfen ihre Gesetze der Ausgrenzung und Entrechtung. Fast jeden Tag reißen sie immer noch und immer wieder Menschen in den Tod: erstickt in LKWs, ertrunken im Meer.

Doch die Selbstorganisation und das Selbstbewusstsein der Geflüchteten und MigrantInnen nehmen stetig zu, viele haben ihre Erfahrungen aus der Arabellion im Gepäck. Der Aufbruch zum «March of Hope" am 4. September im Budapester Bahnhof markierte einen neuen Höhepunkt. Davon inspiriert kam ein neuer Schub von »Refugee Welcome«-Initiativen in Gang, verknüpft mit einer riesigen medialen Aufmerksamkeit, nicht nur in Deutschland und Österreich überwiegend in positiv-solidarischer Berichterstattung für die Geflüchteten. Bei allen »Ambivalenzen dieser Hegemonie« – von bisweilen unerträglichem Paternalismus oder zynischen Nützlichkeitsdiskursen, inklusive Unterscheidung in gute und schlechte Flüchtlinge – sehen wir ein gesteigertes Potential für eine transnationale antirassistische Bewegung, die den »langen Sommer der Migration« weiter erfolgreich flankieren kann und gleichzeitig den Impuls geographisch und sozial ausweiten muss. Und spätestens an dieser Stelle gilt es auch, nicht an den Außengrenzen der Europäischen Union stehen zu bleiben, sondern in einer transnationalen (Solidaritäts-) Perspektive den Bogen zu sozialen und politischen Auseinandersetzungen in den Herkunftsländern von

auf die Mehrheit der Gruppen und Personen zu, die die Laiki Enotita (die linke Abspaltung von Syriza) gründeten.«[2]

Diese bemerkenswerte Einschätzung könnte der Schlüssel sein, um das Scheitern von Syriza zu verstehen. Die erwähnte »Staatsfixierung der traditionellen Linken« hat sich seit jeher als Sackgasse erwiesen. Dies gilt erst recht für eine Zeit, in welcher die spätkapitalistische Barbarei, für die sich der Begriff »Neoliberalismus« eingebürgert hat, im Begriff ist, alle öffentlichen Dienste, für die bisher der bürgerliche Staat zuständig war, zu privatisieren. Spielräume für einen Reformismus im ursprünglichen, positiven Sinn sind offensichtlich keine mehr vorhanden. Tsipras' Strategie, die europäischen Eliten mit »richtig harten Verhandlungen« zu einer Änderung ihrer Politik zu bewegen, ist kläglich gescheitert – was nicht automatisch heißt, dass nicht andere in anderen Ländern nochmals dasselbe versuchen werden. Entweder bedingungslose Kapitulation oder »totaler Krieg« (vorerst wirtschaftlicher Natur), das ist die Botschaft von Merkel und Schäuble an die Völker Europas. Die EU hätte Europa den ewigen Frieden bringen sollen. Nach der erzwungenen Kapitulation Griechenlands Mitte Juli 2015 werden die linken Kräfte nicht Europa nicht darum herumkommen, »das europäische Projekt« neu zu beurteilen.

Mögliche Perspektiven

Hatten sich die sozialen Bewegungen vor einigen Jahren Syriza als politischen Hoffnungsträger ausgesucht, so sieht es, nachdem diese Hoffnung zerschlagen ist, ganz danach aus, dass die sozialen Bewegungen selbst zum Hoffnungsträger geworden sind. In dieser Situation unbeirrt am Projekt »Syriza«, wie es anfänglich bestand, festhalten zu wollen, dürfte wenig erfolgsversprechend sein. Nicht allein, weil die »Laiki Enotita« bei den Wahlen so wenig Stimmen geholt hat, dass ihre Abgeordneten gar nicht mehr im Parlament vertreten sind. Vielmehr bietet diese Wahlniederlage die Möglichkeit, die eigene Strategie gründlich zu überdenken.

Eine linke Regierung, die in einem vom wirtschaftlichen Niedergang gezeichneten Land die Verwaltung des zerfallenden bürgerlichen Staates übernimmt, sieht sich sehr schnell vor unlösbare Probleme gestellt. Eines der schwerwiegendsten kann unter dem Stichwort »Ernährungssouveränität« zusammengefasst werden: Wie weit ist ein Land, eine Volkswirtschaft, in der Lage, eigenständig die Ernährung seiner Bevölkerung zu gewährleisten? Je stärker die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten ist, desto schwieriger wird es bei einem wie auch immer gearteten »Wirtschaftsembargo«, das bekanntlich im Falle Griechenlands unmittelbar bevorstand. Dies gilt ganz besonders, wenn eine linke Regierung eine solche Situation im Rahmen der bürgerlichen Staats- und Eigentumsordnung bewältigen will.

Vio.Me ist meines Wissens bis jetzt der einzige Industriebetrieb in ganz Griechenland, der nach der Schließung durch die Eigentümer von der Belegschaft übernommen worden ist. Um die endgültige Stilllegung abzuwenden, die aufgrund der ungeklärten Rechtslage weiterhin droht, hätte die Tsipras-Regierung – wie ursprünglich in Aussicht gestellt – mit einer Gesetzesänderung Vio.Me schützen müssen. Dies hätte einen Präzedenzfall geschaffen, der in die bestehenden Eigentumsverhältnisse eingegriffen und damit zu einer Situation beigetragen hätte, die Tsipras und die Syriza-Mehrheit unter allen Umständen vermeiden wollten: das offene Aufbrechen der Klassengegensätze und ein verschärfter Kampf zwischen den gesellschaftlichen Klassen in Griechenland.

Einmal angenommen, das überwältigende Nein beim Referendum vom 5. Juli wäre von der Syriza-Regierung respektiert worden. Mit großer Wahrscheinlichkeit wäre damit ein Prozess ausgelöst worden, der sehr schnell zu einem heftigen Klassenkampf geführt hätte. So hypothetisch die Überlegung inzwischen auch ist, so dürfte zumindest klar sein, dass eine solche Entwicklung, wenn sie erst einmal in Fahrt gekommen ist, weder aufzuhalten noch mit Gesetzesänderungen allein zu handhaben wäre.

Vielmehr würde sie eine gesellschaftliche Bewegung entfesseln, die den Rahmen der bürgerlichen Legalität und des Staates sprengen würde und die man mit dem Begriff »soziale Revolution« zusammenfassen kann.

Diese wenigen Gedankengänge machen deutlich, dass kaum mehr Spielraum für eine Lösung im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung vorhanden ist. Weder für die Krise der Wirtschaft noch für die zerfallenden staatlichen Strukturen. Wie die geschilderten Beispiele im Gesundheitsweisen und bei der Armutsbewältigung zeigen, sind die erst in Ansätzen vorhandenen, selbstorganisierten Solidaritätsstrukturen bereits heute effizienter als die staatliche Verwaltung. Weit davon entfernt, jene ersetzen zu können, werden sie dennoch zunehmend dazu gezwungen sein, je weniger Geld dem Staat zur Verführung steht.

Die solidarischen Strukturen zwischen staatlicher Integration und Unabhängigkeit

An diesem Punkt stellt sich die Frage nach der Beziehung zwischen den staatlichen und den selbstorganisierten Strukturen. Werden diese allmählich in jene eingebunden und damit durch den Staat kontrollierbar oder bewahren sie ihre Unabhängigkeit? Und damit, im zweiten Fall, auch ihre gesellschaftsverändernde Kraft, die wachsen wird, je stärker sie sich ausbreiten und je unentbehrlicher sie werden. Jede Antwort jedoch bleibt hypothetisch und ist unweigerlich mit einer Erwartungshaltung verknüpft. Damit der Staat Einfluss nehmen kann, müsste er finanzielle Mittel zur Verfügung stellen können. Dazu ist er nicht mehr in der Lage und wird es, wie sich die Dinge entwickeln, in Zukunft noch weniger sein. Um dem Volk die Privatisierung bislang öffentlicher Dienste schmackhaft zu machen, müssen diese soweit zerstört werden, dass sie niemand vermissen wird, wenn es sie nicht mehr gibt. Privatkliniken statt staatliche Krankenhäuser, Privatschulen anstelle öffentlicher Bildungseinrichtungen. Um solche besuchen zu können, müssen jene, die nicht das Geld dafür haben, sich verschulden. Und wenn sie nicht mehr kreditwürdig sind, bleiben sie davon ausgeschlossen. In Griechenland gilt das für einen wachsenden Anteil der Bevölkerung, dem nur noch die solidarischen Einrichtungen zur Verfügung stehen. Die Privatisierung und Vermarktung sämtlicher Lebensbereiche ist eine der letzten, noch nicht ausgeschöpften Möglichkeiten zur Kapitalverwertung. Aus diesem Grund werden die herrschenden Eliten an ihren Plänen festhalten, ungeachtet der sozialen Sprengkraft, welche diese unweigerlich beinhalten. Unter solchen Umständen wird die Kluft zwischen jener Minderheit der Bevölkerung, die sich Privatkliniken und private Universitäten leisten kann, und einer wachsenden Mehrheit, der diese verschlossen bleiben, zwangsläufig wachsen. Diese Entwicklung ist in Südeuropa, namentlich in Griechenland, weiter fortgeschritten als im nördlichen Europa. Und allen sozialen Protesten zum Trotz – die mal stärker, mal schwächer, aber überall und in unterschiedlichen Formen immer wieder aufflackern – ist sie in keinem einzigen europäischen Land gestoppt worden. Der Slogan »Wir zahlen nicht für Eure Krise!« ist ein frommer Wunsch geblieben.

Aus all dem folgt, dass die selbstorganisierten, solidarischen Formen von Widerstand bisher die einzige konkrete (und in bescheidenem Rahmen wirksame) Antwort auf eine Krise darstellen, die nicht nur wirtschaftlicher Natur ist, sondern alle Lebensbereiche umfasst. In Griechenland hat sich diese Alternative inzwischen in einem erstaunlichen Maß entwickelt. Ein besonders schönes Beispiel dafür ist die »Offene Versammlung von Perama« mit der Windrose als Symbol für: Selbstorganisation, Solidarität, Widerstand, Umsturz. Welche politischen Formen diese Solidaritätsbewegung nach dem Scheitern von Syriza annehmen wird, kann noch niemand wissen. Dass sie die erwähnte »Staatsfixierung der traditionellen Linken« sprengen wird, davon hingegen bin ich fest überzeugt.

Barrikade bei Vio.Me

Anmerkungen:

1) *Hier findet sich eine Homepage mit einer Liste vieler Grassroots-Initiativen in Griechenland: http://omikronproject.gr/grassroots (Anm. der Redaktion)*
2) *www.akweb.de/ak_s/ak608/20.htm*

Geflüchteten und MigrantInnen zu schlagen. Denn Fakt ist, dass sich die EU gerne als Feuerwehr präsentiert, wo sie doch selbst allzu häufig als Brandstifterin agiert – und zwar immer dann, wenn eigene Interessenslagen durchgeboxt werden sollen. Entsprechend sehen wir derzeit drei zentrale Herausforderungen:

I. Fluchtwege freihalten – das Recht zu gehen

Dazu gehören einerseits die Verstetigung und der Ausbau von Solidaritätsstrukturen entlang der gesamten Route. Von Initiativen im gesamten Mittelmeerraum wie Sea Watch (http://sea-watch.org/), Alarmphone (http://alarmphone.org/de/) oder dem Rasthaus für Migrantinnen und ihre Kinder in Rabat (http://afrique-europe-interact.net/1318-0-Das-Projekt.html), über konkrete Fluchthilfe- und Webguides bis hin zur materiellen Unterstützung von lokalen Projekten, insbesondere im Balkan beim Aufbau von Anlaufstellen und Gesundheitsposten. Zum anderen braucht es politisch offensive Mobilisierungen wie die Konvois aus Wien nach Ungarn oder die »Open-Borders-Karawane« aus Ljubljana (siehe unten).

II. Hintergründe thematisieren – das Recht zu bleiben

Ob durch (Ressourcen-)Kriege und Waffenexporte, durch Unterstützung korrupter Eliten oder durch Landraub, Überfischung und knallharte Handelspolitiken (verkörpert durch das viel zitierte »globale Huhn«): Es gibt wenige Gründe für Flucht und Migration, an denen die Global Player der Weltökonomie und somit auch Europa und Deutschland nicht bestens verdienen. Umso verlogener erscheinen die Politikerreden, in denen proklamiert wird, die Ursachen der Migration nunmehr anpacken zu wollen. Sie wollen allenfalls eine weitere Zurichtung im Ausbeutungsgefälle. Dagegen steht die Kooperation mit selbstorganisierten Initiativen und Kämpfen für soziale Gerechtigkeit im globalen Süden. Denn eines dürfte klar sein: An den neo-kolonialen Abhängigkeitsverhältnissen lässt sich nur etwas ändern, wenn soziale Basisbewegungen aus Afrika und Europa in großem Stil gleichberechtigt, verbindlich und direkt zusammenarbeiten. Ob in Mali oder Burkina Faso bei Kämpfen für das Recht zu bleiben (und somit für eine gerechte bzw. selbstbestimmte Entwicklung). Oder in Syrien, wo es bis heute nicht nur hartnäckigen Widerstand gegen das Assad-Regime und die IS-Truppen gibt, sondern auch beeindruckende Initiativen, Neues zu schaffen – ob in Erbin, Quamishli, Daraa oder Kobane.

III. Kämpfe verbinden zu einer sozialen Offensive

Wie wird es weitergehen in Europa und in Deutschland? Gelingt den Herrschenden die Eindämmung der erfolgreichen Flüchtlingskämpfe? Suchen sie notfalls verstärkt den Pakt mit rechtspopulistischen und rassistischen Parteien und Organisationen? Gelingt eine soziale Spaltung im Unten, das Teile-und-Herrsche im Gegeneinander-Ausspielen sozialer Bewegungen? Oder kann der Impuls der Autonomien und Kämpfe der Migration in andere soziale Fragen übergreifen? Können die Märsche der Hoffnung Mut machen und eine neue Dynamik sozia-

Chancen für einen Wiederaufbau?

Thorsten Schulten* zum griechischen Tarifvertragssystem nach dem dritten Memorandum

Thorsten Schulten hat in einer Studie für die Friedrich Ebert Stiftung im September diesen Jahres zusammengefasst, wie sich das Tarifvertragssystem in Griechenland auf Druck der Troika bzw. Quadriga geändert hat, welche Maßnahmen die Syriza-Regierung dagegen vornehmen wollte und wie sich die Situation nach dem dritten Memorandum vom August d.J. darstellt. Statt expliziter wirtschaftspolitischer Vorgaben mit deutlichen Bezügen zur deutschen Agenda 2010-Politik, der »Flexibilisierung« der Tarifpolitik und Beschränkung gewerkschaftlichen Einflusses steht nun die Orientierung an »best practice«-Modellen in Europa an. Die Auseinandersetzung darum, was als »bewährte Praxis« mit Blick auf ein europaweites »Benchmarking« um »preisliche Wettbewerbsfähigkeit« gilt, und ob sich dies nennenswert von den bisherigen Vorgaben unterscheidet, hat damit über Griechenland hinaus Konsequenzen für alle Arbeitsverhältnisse in Europa: Welchen Einfluss sollen Gewerkschaften künftig noch haben? Wie sollen Lohnabhängige ihre Rechte wahrnehmen und durchsetzen? Welche Löhne sind noch tolerabel? Wir dokumentieren die Studie in einer gekürzten Fassung.

(…) Der radikale Umbau des griechischen Tarifvertragssystems gehörte von Beginn an zu den Kernforderungen der Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfond. Im Rahmen der ersten beiden Memoranden musste sich die griechische Regierung zu weitreichenden Eingriffen ins Tarifrecht verpflichten, die im Ergebnis zu einer radikalen Dezentralisierung und weitgehenden Auflösung von Flächentarifverträgen geführt haben. Vor diesem Hintergrund hat die im Januar 2015 neu gewählte Syriza-Regierung den Wiederaufbau des griechischen Tarifvertragssystems zu einer ihrer wichtigsten Prioritäten erklärt und hierzu bereits im April 2015 einen konkreten Gesetzesvorschlag vorgelegt. Dessen Umsetzung scheiterte allerdings am Widerstand der Troika, die auf die Einhaltung der ersten beiden Memoranden beharrte. In dem im August 2015 vereinbarten dritten Memorandum ist nun vorgesehen, die Entwicklung des griechischen Tarifvertragssystems unter Einbeziehung unabhängiger Experten und internationaler Organisationen (darunter auch der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO) zu überprüfen, um auf dieser Grundlage weitere Reformen durchzuführen, die sich an den »besten Praktiken in der EU« orientieren sollen. Die Auseinandersetzung um die Zukunft des griechischen Tarifvertragssystems erhält damit eine internationale Dimension und wird zu einem exemplarischen Konflikt für die europäischen Gewerkschaften.

Das griechische Tarifvertragssystem vor der Krise

Nachdem noch bis in die 1980er Jahre hinein die Tarifauseinandersetzungen stark durch den Staat und staatliche Zwangsschlichtungen geprägt waren, kam es Anfang der 1990er Jahre in Griechenland zu einer grundlegenden Reform des griechischen Tarifrechtes, mit der die Tarifautonomie gestärkt werden sollte. Das 1990 verabschiedete Tarifvertragsgesetz (Gesetz Nr. 1876/1990) sah für die Privatwirtschaft[1] den Aufbau eines mehrstufigen Verhandlungssystems mit insgesamt vier Tarifvertragsarten vor. Auf nationaler Ebene verhandelten die Dachverbände von Arbeitgebern und Gewerkschaften einen nationalen Rahmentarifvertrag, in dem bestimmte Mindestarbeitsbedingungen – darunter auch die Höhe des allgemeinen Mindestlohns – vereinbart wurden. Darauf aufbauend konnten sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene Tarifverträge für bestimmte Branchen oder Berufsgruppen vereinbart werden. Schließlich konnten Unternehmen mit den betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen spezielle Unternehmenstarifverträge abschließen.

Die Struktur des griechischen Tarifvertragssystems war dabei streng hierarchisch nach dem Günstigkeitsprinzip gegliedert, wonach Tarifverträge auf der jeweils unteren Ebene nur aus Arbeitnehmersicht günstigere Bedingungen enthalten konnten. Hinzu kam eine weite Verbreitung von Allgemeinverbindlicherklärungen, die der Tatsache Rechnung trugen, dass die griechische Wirtschaft zum allergrößten Teil aus Klein- und Mikrobetrieben besteht. So gab es für den allgemeinen nationalen Tarifvertrag eine Erga-Omnes-Regelung, der zufolge automatisch alle Unternehmen an den Tarifvertrag gebunden waren. Die Branchen- und Berufstarifverträge wurden in der Regel dann vom griechischen Arbeitsministerium für allgemeinverbindlich erklärt, sobald sie eine Mehrheit der Beschäftigten in der jeweiligen Branche oder Berufsgruppe repräsentierten. Außerdem konnten auch Tarifverträge mit geringerer Tarifbindung allgemeinverbindlich erklärt werden, wenn dies von einer der beiden Tarifvertragsparteien beantragt wurde.

Das griechische Tarifvertragssystem wurde zusätzlich dadurch stabilisiert, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften zur Aufnahme von Tarifverhandlungen verpflichtet waren, wenn eine der beiden Seiten dies einforderte. (…) Die Herausbildung eines umfassenden Tarifvertragssystems mit nationalen, branchen- und berufsbezogenen Flächentarifverträgen hat insgesamt dazu geführt, dass Griechenland mit etwa 80 Prozent eine im europäischen Vergleich relativ hohe Tarifbindung aufwies. Die Unternehmenstarifverträge spielten demgegenüber lange Zeit nur eine untergeordnete Rolle und erfassten weniger als zehn Prozent der Beschäftigten (Daouli u.a. 2015).

Durch die Troika erzwungene Veränderungen des griechischen Tarifrechts

Die Politik der Troika basierte auf der Vorstellung, dass die wirtschaftliche Krise Griechenlands vor allem durch einen Mangel an preislicher Wettbewerbsfähigkeit bedingt war, die nur durch eine Politik der »internen Abwertung«, d.h. vor allem durch eine Kürzung der Lohnkosten behoben werden konnte. Dementsprechend sollten die institutionellen Rigiditäten des griechischen Tarifvertragssystems beseitigt und die nach unten gerichtete Lohnflexibilität für die Unternehmen erhöht werden. Während das erste Memorandum von 2010 hier noch eher vorsichtig auf eine Politik der »organisierten Dezentralisierung« setzte und den Unternehmen im Rahmen gesonderter Unternehmenstarifverträge begrenzte Abweichungsmöglichkeiten von den Flächentarifverträgen einräumte, kam es im Zuge des zweiten Memorandums von 2012 zu einer Radikalisierung beim Umbau des griechischen Tarifvertragssystems.[2] (…) Als erste einschneidende Veränderung wurde das Günstigkeitsprinzip abgeschafft. (…) Die einzige Grenze, die bei der betrieblichen Abweichung von Flächentarifverträgen nach wie vor nicht unterschritten werden darf, ist der nationale Mindestlohn. Die zweite Veränderung betrifft das Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung, dessen Anwendung bis auf Weiteres ausgesetzt wurde. (…) Schließlich wird drittens erstmals auch nicht-gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretungen das Recht eingeräumt, auf Unternehmensebene Tarifverträge abzuschließen, sofern diese von mindesten drei Fünftel der Belegschaft unterstützt werden. Damit sollte der Tatsache Rechnung getragen werden, dass in der Mehrzahl der griechischen Kleinstunternehmen gar keine Gewerkschaften vorhanden sind, mit denen Unternehmenstarifverträge abgeschlossen werden könnten.

Im Jahr 2012 kamen dann noch einige weitere Veränderungen hinzu, wie z.B. die Reduzierung der Nachwirkung von Tarifverträgen von sechs auf drei Monate oder die Begrenzung der Geltungsdauer von Tarifverträgen auf drei Jahre. (…) Außerdem wurde direkt per gesetzlichem Eingriff der tarifvertraglich vereinbarte Mindestlohn um 22 Prozent (und 32 Prozent für junge Beschäftigte unter 25 Jahren) abgesenkt und darüber verfügt, dass der Mindestlohn zukünftig nicht mehr durch nationalen Tarifvertrag, sondern per Gesetz festgelegt wird.

Graffiti in Athen

ler Kämpfe in Europa entfachen? Freiheit, Würde, Demokratie, soziale Sicherheit für sich und ihre Familien, dafür demonstrieren die Menschen auf der Flucht mit allem Einsatz, dafür lassen sie sich von Zäunen und Grenzen nicht aufhalten. Sie wollen ankommen am Ort ihrer Wahl, zumeist bei Verwandten und FreundInnen quer durch Europa, dort die Sprache lernen, vernünftig wohnen, arbeiten, leben. »Solidarity for all«, der Slogan emanzipativer Netzwerke in Griechenland, wäre aufzugreifen, um alle Spaltungsversuche offensiv zu bekämpfen und gleichzeitig die »Normalität der Austerität«, die Politik der Sozialkürzungen und Prekarisierung, neu anzugreifen. Bezahlbare Wohnungen für alle durch neue Wohnungsbauprogramme, Zugang für alle zu gesundheitlicher Versorgung und Bildung, bedingungslose Grundeinkommen und erhöhte Mindestlöhne: Diese sozialen Forderungen können und müssen mit neuem Leben gefüllt werden, durch soziale Aneignung und soziale Streiks, lokal bis transnational. Kurzum: Die Kämpfe der Geflüchteten und MigrantInnen haben die soziale Frage mit neuer Wucht auf die Tagesordnung gesetzt. Greifen wir sie auf, reißen wir die Grenzen nieder, in allen Ländern, in allen Köpfen!

Noch ein Wort zu uns und zur Frage, wie wir uns in diesen Kämpfen verorten: »Transact!« – dieser Slogan verleiht unserer gemeinsamen Überzeugung Ausdruck, dass regionale, überregionale und transnationale Kämpfe miteinander verbunden werden müssen. Dementsprechend suchen wir nach Möglichkeiten des »Crossover«, der Brückenschläge zwischen verschiedenen Teilbereichsbewegungen und zwischen mehr und weniger radikalen Linken. Es geht uns um die Verbindungen zwischen unterschiedlichen sozialen Realitäten und Kämpfen – in unseren Augen eine zentrale Bedingung, um gegen das globale Ausbeutungsgefälle anzugehen. In der folgenden Collage sind einige dieser (Alltags-)Kämpfe schlaglichtartig skizziert und mit Links zum Weiterlesen versehen – auch, weil diese Auseinandersetzungen zugleich exemplarische Antworten (unter anderem) auf besagte drei Herausforderungen enthalten.

Eine kurze Chronologie aktueller Kämpfe

27.08.2015: Mytilini

Zwei Wochen auf der griechischen Insel Lesvos im Sommer 2015: mehr als 15 000 Neuangekommene vor allem aus Syrien, Afghanistan und Irak. Die Bilanz der Reise: tausende Wasserflaschen verteilt, mit Hunderten von Kindern gespielt, Windeln verteilt, trockene Kleider und Malstifte. Rollstühle besorgt für diejenigen, die sonst meist zurückgelassen werden mussten. Mit Schwangeren und Schwerkranken und Verletzten ins Krankenhaus gefahren. Auf der Insel spielt sich für viele tausende Neuankommende täglich eine humanitäre Katastrophe ab, Menschen müssen vor der Registrierung unter unmenschlichen Bedingungen warten, hungernd, manchmal tagelang in der Gluthitze. Wichtig sind vor allem Informationen für die Weiterreise, tausende Guides auf Arabisch und Farsi wurden diesen Sommer verteilt: Welcome to Europe! Es sind viele Menschen vor Ort, die jeden Tag praktische Solidarität leisten und das Überleben der Geflüchteten sichern. Am Heck der Fähre das

Auswirkungen der Tarifvertragsreformen in der Praxis

Die einschneidenden Veränderungen im griechischen Tarifrecht haben in der Praxis in kürzester Zeit zu einem radikalen Wandel der Tarifvertragsbeziehungen geführt. Das sichtbarste Zeichen hierfür ist der Niedergang des Flächentarifvertrages. Während bis zum Ausbruch der Krise jährlich zwischen 150 und 250 neue Tarifverträge für bestimmte Branchen und Berufsgruppen vereinbart wurden, ging ihr Anteil seither kontinuierlich zurück und reduzierte sich nach den Tarifvertragsreformen auf etwa 20 neu verhandelte Tarifverträge pro Jahr. Damit kommt es in weiten Teilen der griechischen Wirtschaft zu einer regelrechten Auflösung der Tarifvertragsbeziehungen. (...)

Der eher temporäre Charakter der *neu* abgeschlossenen Unternehmenstarifverträge wird auch durch die besondere Form und den Inhalt dieser Vereinbarungen bestätigt. Zunächst ist auffällig, dass die große Mehrheit der neuen Unternehmenstarifverträge nicht von Gewerkschaften, sondern von nicht-gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretungen abgeschlossen wurde. (...) In nahezu allen neuen Unternehmenstarifverträgen wurden hierbei die neuen tarifrechtlichen Möglichkeiten ausgenutzt, die durch den Wegfall des Günstigkeitsprinzips eröffnet wurden: Drei Viertel aller Vereinbarungen enthielten demnach Lohnkürzungen, während der Rest die Löhne auf dem bestehenden Niveau einfror. Die von nicht-gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretungen unterzeichneten Unternehmenstarifverträge enthielten zu fast 90 Prozent Lohnkürzungen, während die Gewerkschaften zwar mehrheitlich Lohnstopps vereinbarten, in mehr als 40 Prozent aller Fälle jedoch auch Lohnkürzungen zustimmten.

Chancen für einen Wiederaufbau des griechischen Tarifvertragssystems?

Der Umbau des griechischen Tarifvertragssystems hat zu einer radikalen Dezentralisierung und weitreichenden Aushöhlung der Tarifvertragsbeziehungen geführt. Im Sinne der Troika war er insofern »erfolgreich«, als dass er wesentlich zur Kürzung der Löhne in Griechenland beigetragen hat, die mit einem durchschnittlichen Reallohnrückgang von 20 Prozent so stark wie in keinem anderen europäischen Land ausgefallen ist (Schulten 2015). Allerdings hat sich die damit verbundene Hoffnung, mit gestiegener preislicher Wettbewerbsfähigkeit zu einem neuen exportgetriebenen Wirtschaftsaufschwung zu gelangen, nicht erfüllt, da der griechischen Wirtschaft hierzu wesentliche strukturelle Voraussetzungen fehlen (Economakis u.a. 2015, Schellinger 2015). Die Lohnkürzungen haben im Gegenteil zu einem drastischen Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage geführt und die Krise weiter vorangetrieben.

Vor diesem Hintergrund sprechen für das von der Syriza-Regierung verfolgte Projekt eines Wiederaufbaus des griechischen Tarifvertragssystems nicht nur demokratische, sondern auch ökonomische Argumente. Unterstützt wird die griechische Regierung hierbei vor allem von der ILO, die sich bereits 2012 kritisch zu den Einschränkungen der Tarifautonomie in Griechenland geäußert hat. Damals hat die ILO der griechischen Regierung empfohlen, »den institutionellen Rahmen für Tarifverhandlungen zu stärken« und zusammen mit Arbeitgebern und Gewerkschaften eine »umfassende Vision für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen zu entwickeln«, die »in Übereinstimmung mit den grundlegenden ILO-Konventionen zur Tarifpolitik steht« (ILO 2012: 273f.).

2015 hat die ILO ihre Aufforderung an die griechische Regierung noch einmal bekräftigt und die Wichtigkeit konkreter Maßnahmen hervorgehoben, um die Tarifbindung in Griechenland zu erhöhen (ILO 2015: 87). Bereits drei Monate nach ihrer Wahl hat die Syriza-Regierung im April 2015 einen konkreten Gesetzentwurf zur »Wiederherstellung des Tarifvertragssystems« vorgelegt und hierüber einen umfassenden Konsultationsprozess mit Arbeitgebern und Gewerkschaften begonnen. Im Kern sah der Gesetzentwurf in einigen zentralen Punkten die Wiederherstellung des alten Tarifvertragsrechts vor, darunter die Wiedereinführung des Günstigkeitsprinzips in der Hierarchie der Tarifverträge, die erneute Anwendung von Allgemeinverbindlicherklärungen sowie die Wiedereinsetzung von Gewerkschaften als einziger legitimierter Vertragspartei auf betrieblicher Ebene. In Unternehmen ohne betriebliche Gewerkschaftsvertretung sollten die Unternehmenstarifverträge durch lokale oder sektorale Gewerkschaftsvertreter vereinbart werden. Außerdem sah der Gesetzentwurf vor, im Rahmen von zwei Schritten bis Mitte 2016 die Kürzungen beim nationalen Mindestlohn zurückzunehmen und das Mindestlohnniveau von 2011 wieder herzustellen.

Szene von der Demo in Athen am 12. November 2015

Die Umsetzung dieses Gesetzentwurfes scheiterte jedoch vor allem am Widerstand der Troika, die hierin einen Verstoß gegen die Bestimmungen des zweiten Memorandums sah.[3] Im Rahmen des mit der sogenannten »Quadriga« (der ehemaligen Troika plus den Vertretern des Europäischen Stabilitätsmechanismus, ESM) im August 2015 verabschiedeten dritten Memorandums wurde nun vereinbart, dass die griechische Regierung »bis Oktober 2015 einen von unabhängigen Sachverständigen geführten Konsultationsprozess einleitet, um unter Berücksichtigung von auf internationaler und europäischer Ebene bewährten Verfahren eine Reihe bestehender Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt zu prüfen, darunter Massenentlassungen, Arbeitskampfmaßnahmen und Tarifverhandlungen«.[4] (…) Die griechische Regierung muss (…) die gesamte »Organisation, Vorgaben und Zeitpläne« dieses Konsultationsprozesses mit den Institutionen der Quadriga absprechen. Gleiches gilt für weitere Veränderungen im Tarifrecht im Anschluss an die Beratungen, die prinzipiell nur mit Zustimmung der Quadriga verabschiedet werden dürfen.

Inhaltlich schreibt das dritte Memorandum vor, dass sich die zukünftige Entwicklung des griechischen Tarifvertragssystems an die »in der EU geltenden bewährten Verfahren anpassen« soll. In der englischen Fassung des Memorandums ist in diesem Zusammenhang sogar von *»best practice«* die Rede.[5] (…) Die Troika hat in der Vergangenheit nicht nur in Griechenland, sondern auch in vielen anderen europäischen Ländern keinen Zweifel daran gelassen, dass für sie ein radikal dezentralisiertes Tarifvertragssystem mit einer eher niedrigen Tarifbindung die »beste Praxis« ausmacht (Schulten/Müller 2014) – zumal in dem dritten Memorandum explizit festgehalten wurde, dass es keine einfache »Rückkehr zu den politischen Vorgaben der Vergangenheit geben« darf.

Demgegenüber hat z.B. die Generaldirektion Beschäftigung der Europäischen Kommission in ihrem jüngsten »Industrial Relations Report« noch einmal ausdrücklich festgestellt, dass diejenigen Länder in Europa mit den entwickeltesten und umfassendsten Arbeits- und Tarifvertragsbeziehungen am besten durch die Krise gekommen sind (European Commission 2015). (…)

Eine wichtige Rolle wird darüber hinaus der ILO zukommen, deren »Best-Practice-Vorstellung« in einem entwickelten Tarifvertragssystemen mit starken Flächentarifverträgen und einer hohen Tarifbindung besteht. In Bezug auf Griechenland hat die ILO (2012: 271f.) bereits deutlich gemacht, dass die staatlichen Eingriffe in geltende Tarifverträge einen Verstoß gegen das in der ILO-Konvention Nr. 98 gesicherte Prinzip der Tarifautonomie darstellen. Außerdem hat die ILO ihre Sorge darüber zum Ausdruck gebracht, dass durch die politisch vorangetriebene Dezentralisierung der Tarifverhandlungen viele Beschäftigte gar keinem Tarifschutz mehr unterliegen. (…) Nach Ansicht der ILO ist mit der Aufhebung des Günstigkeitsprinzips zudem die Gefahr einer dauerhaften »Destabilisierung« der Tarifbeziehungen verbunden und diese stellt damit eine Schwächung der in den ILO-Konventionen Nr. 87 und Nr. 98 enthaltenen Grundrechte dar (ebenda: 272). Besonders kritisch sieht die ILO schließlich die Rolle der nicht-gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretungen, die »ernsthaft die Position der Gewerkschaften als Repräsentanten der Beschäftigten in Tarifverhandlungen unterminieren« (ebd.).

Die kommenden Auseinandersetzungen um die Zukunft des griechischen Tarifvertragssystems versprechen also äußerst kontrovers zu werden. Mit der Beteiligung der Quadriga auf der einen und der ILO auf der anderen Seite ist dabei sichergestellt, dass die Auseinandersetzung keine rein innergriechische, sondern eine internationale sein wird, deren Ergebnis auch auf andere Länder ausstrahlen wird. Vor diesem Hintergrund sind die europäischen Gewerkschaften gut beraten, sich in diese Auseinandersetzung einzumischen und die griechische Seite bei ihrem Ansatz für einen Wiederaufbau des Tarifvertragssystems zu unterstützen.

** Es handelt sich hier um eine, auch um das Literaturverzeichnis gekürzte Fassung des Textes von Thorsten Schulten: »Chancen für einen Wiederaufbau? Die Zukunft des griechischen Tarifvertragssystems nach dem dritten Memorandum«, Studie der Friedrich Ebert Stiftung, September 2015, online unter: www.library.fes.de*

Anmerkungen:

1) *Im öffentlichen Sektor werden Löhne und Arbeitsbedingungen bis heute nicht durch freie Tarifverhandlungen, sondern durch staatliche Verordnungen festgelegt.*
2) *Ausführliche englischsprachige Analysen zum Umbau des griechischen Tarifvertragssystems finden sich u. a. bei Ioannou (2012), Kornelakis / Voskeritsian (2014), Yannakourou / Tsimpoukis (2014) und Koukiadaki / Kokkinoe (2015).*
3) *Im Juli 2015 hatte die griechische Regierung darüber hinaus ohne Zustimmung der Troika ein Gesetz erlassen, wonach die Nachwirkung von Tarifverträgen wieder von drei auf sechs Monate erhöht wurde. Im Rahmen des dritten Memorandums wurde die griechische Regierung jedoch gezwungen, dieses Gesetz wieder zurückzunehmen.*
4) *»Griechenland. Memorandum of Understanding für ein dreijähriges ESM-Programm«, online unter: www.europa-neu-begruenden.de*
5) *http://ec.europa.eu/economy_finance/assistance_eu_ms/greek_loan_facility/pdf/01_mou_20150811_en.pdf*

Antipasti

Hungerstreik in Butzbach?

Die Gefangenengewerkschaft (GG/BO) teilt mit, dass »mehrere Dutzend« Gefangene in der hessischen JVA Butzbach sich auf einen unbefristeten Hungerstreik ab dem 1. Dezember vorbereiten. An diesem Termin läuft ihr Ultimatum gegenüber der hessischen Justizministerin Eva Kühne-Hörmann ab. Die Gefangenen wollen Gespräche mit der Ministerin durchsetzen, nachdem ihre Bemühungen auf Gefängnisebene erfolglos geblieben sind. »Neben einer Reihe von Missständen in der Verwaltung kritisieren sie die Unterbringung in menschenunwürdigen Verhältnissen, die Verletzung des Resozialisierungsgebots und nicht zuletzt die Sanktionierung von Versuchen, im Rahmen der GG/BO gewerkschaftlich aktiv zu werden«, so die Gefangenengewerkschaft. Die Gespräche der Interessenvertretung der Gefangenen (IVdG) mit der Anstaltsleitung seien ohne jedes Ergebnis geblieben. »Derweil wurde der Sprecher der GG/BO-Sektion Butzbach, Jürgen Rößner, gleichfalls Mitglied der IVdG, für seine Aktivitäten mit täglich 23-stündigem Einschluss und wiederholten Zellenrazzien abgestraft. Als unter den Insassen dann noch Zahlen aus der JVA-Schlosserei bekannt wurden, die deutlich machten, wie viel Geld ihre schlecht bezahlte Arbeit der Anstalt einbringt, stieg der Unmut weiter.« Erste Reaktionen der Ministerin lassen keinen Willen erkennen, den Hungerstreik durch Gespräche abzuwenden. Laut *Wiesbadener Kurier* (19. November 2015) vermutet sie, die Gefangenen hätten wohl vergessen,

Banner: »Ferries not Frontex!« Mehr dazu: http://lesvos.w2eu.net/, Guides »Welcome to Greece«: http://w2eu.info/greece.en/articles/greece-guide.en.html

17.09.2015: Mali
Landkämpfe für selbstbestimmte Entwicklung

Laut jüngst veröffentlichter Zahlen des UNHCR stehen Menschen aus Mali an neunter Stelle unter den in Italien ankommenden Bootsflüchtlingen. Die Bevölkerung des westafrikanischen Sahellandes ist mit einer Vielzahl extremer Problemlagen konfrontiert – vom Klimawandel über islamistischen Terror bis hin zum Ausverkauf kleinbäuerlicher Ackerflächen an Großinvestoren. Umso erfreulicher war es, dass sich am 17. September 2015 über 500 BäuerInnen der von dem transnationalen Netzwerk Afrique-Europe-Interact mitgegründeten Basisgewerkschaft COPON in Kourouma getrofen haben, um weitere Aktivitäten zu koordinieren – nicht zuletzt eine im Rahmen der Großversammlung öffentlich angekündigte Feldbesetzung der beiden Dörfer Sanamadougou und Sahou, die seit 2010 schrittweise ihre gesamten landwirtschaftlichen Nutzflächen verloren haben. Weitere Infos: http://afrique-europe-interact.net/677-0-Aktionen-Europa—Vorschau.html

19.09.2015: Berlin
taz Panter Preis für »Alarmphone«

Ein Samstagabend im September – diese Nacht werden die Leute am Alarmphone fast 900 Menschen auf drei Booten im Mittelmeer bis zu ihrer Rettung begleiten, und ebenso 100 Menschen auf zwei Booten in der Ägäis. Für das Alarmphone ist es neben der üblichen Arbeit auch ein außergewöhnlicher Abend: 2000 km nördlich, im Zentrum des Europas der Grenztoten, nimmt es den Panter Preis der Zeitung »die taz« entgegen. Ein volles Deutsches Theater in Berlin würdigt mit Applaus seine humanitäre und politische Stellungnahme und Einsatz. Und in ihrem Applaus ist der Ernst der Situation auf dem Mittelmeer anwesend. »Ertrinken, meine Damen und Herren, ist ein leiser Vorgang«, beginnt die Festrede. Und endet mit: »Das Alarmphone von watch the med agiert in dem Geist, Menschen zu schützen und nicht Grenzen.« Webseite: http://alarmphone.org/de/, die beeindruckende Laudatio: http://taz.de/Laudatio-von-Mely-Kiyak/!161089/

[*] Getragen wird »Transact!« von Aktivist_innen aus Berlin, Bremen, Hanau und Wien. Weitere Infos und Veröffentlichungen unter: http://transact.noblogs.org/

Post-Majdan-Blues

Roman Danyluk über soziale Krise und Arbeiterproteste in der Ukraine / Teil II

In express 10/2015 hat Roman Danyluk einige Protestaktionen von ArbeiterInnen in der post-Maidan-Ukraine dargestellt. Im zweiten Teil seines Textes wirft er zunächst einen Blick auf die Aktivitäten der extremen Rechten, um dann Stand und Perspektiven der ArbeiterInnenbewegungen zu bilanzieren.

Während sich Teile der Arbeiterklasse zumindest punktuell gegen die Austeritätspolitik der Regierung wehren und sich gleichzeitig die soziale Krise immer mehr verstärkt, haben sich in den letzten eineinhalb Jahren im rechtsextremen Lager einige wichtige Entwicklungen ergeben. Zunächst war die extreme Rechte mit dem Aufbau von Freiwilligenbataillonen und den Kriegshandlungen an der Front vollauf beschäftigt. Vor allem die nationalsozialistische SNA[1] verfügt mit dem knapp tausend Mann starken Bataillon *Azow* über einen größeren militärischen Verband, der gut ausgerüstet und zurzeit bei Mariupol stationiert ist. Aber auch der *Rechte Sektor* unterhält bewaffnete Einheiten im Kriegsgebiet[2], die jedoch zahlenmäßig schwächer sind. In der heißen Phase des Bürgerkriegs waren die bewaffneten faschistischen Paramilitärs an oder in der Nähe der Front vollauf beschäftigt und agierten überwiegend auch nur dort.

Was treibt die extreme Rechte?

Die *Swoboda* wiederum – als eher institutionell orientierte und verankerte rechtsextreme Organisation – verliert unaufhörlich an Zuspruch in der Bevölkerung, insbesondere in ihrem Stammland in der Westukraine, da sie dort seit Jahren Regierungs- und Verwaltungsaufgaben ausfüllt und dabei genauso korrupt agiert wie die anderen Parteien. Inzwischen haben die beiden größten rechtsextremen Parteien ihre Strategie angepasst. Die *Swoboda* stürzt sich vermehrt auf soziale Themen und biedert sich dabei auch Arbeiterprotesten auf der Straße an. Ein solches Beispiel ereignete sich bei den bereits erwähnten Demonstrationen der ArbeiterInnen aus der Raketenfabrik *Piwdenmasch* in Dnipropetrowsk. Im Vorfeld der Proteste hat es wohl direkte Drohungen von Nazis gegeben. In dieser Situation bot die *Swoboda* ihre Unterstützung auf der Straße an und die protestierenden ArbeiterInnen akzeptierten notgedrungen diesen Schutz. Daraufhin wurden auf einer der Demonstrationen tatsächlich die ArbeiterInnen von Nazihooligans der *Swoboda* geschützt. Als diese allerdings ebenfalls mitlaufende Linke und GewerkschafterInnen (zum Teil aus anderen Städten) verbal angegangen sind, haben ArbeiterInnen zugunsten der Linken interveniert.

Auch der *Rechte Sektor* hat seine Strategie in letzter Zeit verändert bzw. angepasst. Da es an der Bürgerkriegsfront vergleichsweise »ruhig« ist, geht er seit Anfang des Jahres wieder verstärkt gegen politische Gegner und Minderheiten vor. Er griff sowohl mehrere 1. Mai-Demonstrationen in verschiedenen Städten als auch die *Gay Pride* im Juni 2015 in Kyjiw an. Auch hinter dem Angriff eines 50-köpfigen rechten Mobs auf ein Wohnheim für ausländische Studierende im Frühjahr dieses Jahres in der zweitgrößten ukrainischen Stadt Charkiw wird der *Rechte Sektor* vermutet. Nach wie vor lassen sich Teile des *Rechten Sektors* weiterhin von Oligarchen bezahlen, um immer wieder Arbeiter und deren Proteste anzugreifen. Es ist zudem eine Tatsache, dass viele Waffen im Umlauf sind und die Regierung vor der offenen Frage steht, wie sie im Falle eines Friedensabkommens für den Donbass mit den Bewaffneten der Freiwilligenbataillone und des *Rechten Sektors* umgehen soll. Alle Freiwilligenbataillone sind mehr oder weniger stark in die Strukturen der Nationalgarde eingebunden, die dem Innenministerium untersteht und somit nicht Teil der ukrainischen Armee ist. Über das nazistische *Azow*-Bataillon halten sogar mächtige Personen aus der Regierung ihre schützenden Hände. Es läuft wohl darauf hinaus, dass das *Azow*-Bataillon später einmal in die ukrainische Polizei eingegliedert werden wird... Völlig anders stellt sich die Situation für die bewaffneten Einheiten des *Rechten Sektors* dar. Diese stehen bis heute weitgehend außerhalb der staatlichen Sicherheitsstrukturen, obwohl es seitens der offiziellen Politik immer wieder Integrationsangebote gibt. Eigenmächtiges Handeln regionaler Kommandeure des *Rechten Sektors* stellen ein ständiges Problem dar. Dies wurde zuletzt am 11. Juli 2015 offensichtlich, als sich in der transkarpatischen Stadt Mukatschewo im äußersten Westen des Landes Regierungstruppen mit einer Einheit des *Rechten Sektors* ein heftiges Feuergefecht lieferten. Dabei kamen auf Seiten der rechtsextremen Paramilitärs automatische Waffen, Maschinengewehre und Granatwerfer zum Einsatz. Der *Rechte Sektor* errichtete sowohl Checkpoints in Mukatschewo als auch vor Kyjiw, um den Transport von weiteren Regierungstruppen zu verhindern. Gleichzeitig kam es am 14. Juli zu zwei Bombenanschlägen auf Polizeireviere in der westukrainischen Metropole Lwiw. Die staatlichen Sicherheitskräfte konnten schließlich mit Hilfe von Panzerwagen und Hubschraubern den Widerstand brechen. Das Gewaltmonopol des Staats ist innerhalb von wenigen Tagen auf spektakuläre Art und Weise in Frage gestellt worden. Im Fall des *Rechten Sektors* scheint die übliche Integration rechtsextremer Paramilitärs in die Nationalgarde oder in die Sicherheitskräfte nicht zu funktionieren, da diese faschistische Partei und ihr bewaffneter Flügel der aktuellen Regierung zutiefst misstraut.

Einschätzung der Arbeiterproteste

Wie sind die sozialen Auseinandersetzungen der letzten eineinhalb Jahre und die gegenwärtige gesellschaftliche Situation einzuschätzen?

Die häufigste Ursache der Arbeiterkämpfe in den letzten eineinhalb Jahren in der Ukraine war die verbreitete Praxis der Bosse und Regierungsmanager, Lohnzahlungen monatelang zurückzuhalten. Zwar ist das Arbeitsrecht in der Ukraine – als Überbleibsel aus Sowjetzeiten – vergleichsweise arbeiterfreundlich, z. B. durch einen guten Kündigungsschutz. Doch wird dieses Arbeitsrecht ausgehebelt und konterkariert durch eine äußerst langsam arbeitende Justiz. Deswegen hat sich gegen die Lohnrückstände punktuell an verschiedenen Orten Widerstand der ArbeiterInnen entwickelt. Bei einigen Gelegenheiten wurde sogar versucht, über diese defensiven Proteste hinauszugehen und die Aktionen gegen die gesamte Austeritätspolitik der Regierung zu richten. Es ist jedoch spekulativ vorherzusagen, ob und wie sich der soziale Protest in Zukunft fortsetzen wird. Was man momentan über die Zusammensetzung der protestierenden ArbeiterInnen sagen kann, ist, dass die aktiven Lohnabhängigen und Arbeitermilitanten meist relativ jung sind, z.B. in Krywyj Rih oder Dnipropetrowsk (*Piwdenmasch*). Bei den Protesten stellen Beschäftigte um Mitte 30 eindeutig die Mehrheit. Die letzten eineinhalb Jahre haben gezeigt, dass diese verhältnismäßig jungen ArbeiterIn-

Demo am 12. November 2015

dass eine Freiheitsstrafe »notwendige Einschränkungen mit sich bringt und mit sich bringen muss.«

Gegen Union-Busting bei KiK

Am Freitag, dem 13. November folgten Aktionsgruppen in über 20 Städten dem Aufruf der aktion arbeitsunrecht, vor Filialen des Kleidungsdiscounters KiK gegen Betriebsratsmobbing und Ausbeutung in den internationalen Wertschöpfungsketten zu protestieren. Am Zentrallager traten zudem etwa 50 MitarbeiterInnen in Streik und demonstrierten vor der Tengelmann-Zentrale. Das Unternehmen war zuvor in einer Online-Abstimmung aus drei Kandidaten ausgewählt worden. KiK konnte sich die Pole Position nicht nur wegen der Mitverantwortung für die Todesopfer in asiatischen Textilfabriken sichern, sondern auch wegen aggressiver Gewerkschafts- und Betriebsratsbekämpfungsstrategien – unter anderem in dem erwähnten Zentrallager, wo ein Betriebsratsmitglied bereits 14 Abmahnungen und den Versuch einer fristlosen Kündigung wegen eines Interviews erdulden musste. Beraten lässt sich das Unternehmen von namhaften *Union Buster*-Anwälten.

DGB-Immobilien für Flüchtlinge?

In Göttingen wurde am 5. November das ehemalige DGB-Haus in der Oberen Maschstraße 10 besetzt. Die BesetzerInnen wollen Wohnraum und Unterstützungsangebote für Flüchtlinge schaffen. »Gerade aus den lokalen Gewerkschaftskreisen erhalten wir viele Solidaritätsbekundungen zu dieser Aktion. Der Unmut über den langjährigen Leerstand dieses geräumigen Gebäudes ist hier deutlich zu merken«, schreibt ihre Pressegruppe. Formal befindet sich das Gebäude in der Obhut der DGB-Treuhandgesellschaft VTG, die Verhandlungen werden aber vom DGB selbst geführt. Auch in Freiburg wird aus der Initiative »Recht auf Stadt« eine entsprechende Umnutzung eines leerstehenden DGB-Hauses gefordert, allerdings ohne dem mittels Besetzung Nachdruck zu verleihen. Von ver.di Freiburg wird dieser Vorschlag unterstützt; vom DGB selbst gab es bis zum 17. November noch keine Reaktion.

Leserliches

NSU in bester Gesellschaft

Sammelband zur Einbettung des rechten Terrors

Wird sie sprechen, oder wird sie nicht? Beate Zschäpe scheint entschlossen, im Münchner NSU-Prozess auch mal was zu sagen. Erstmal muss dafür allerdings ihr Anwalt aus dem Urlaub zurückkommen. Das ein oder andere klügere Wort über die Terrorgruppe als noch vor drei Jahren lässt sich inzwischen auch ohne Zschäpes Einlassung verlieren. »Der gesellschaftliche Umgang mit den Morden des NSU zeugt von seiner Einbettung in ein medial vermitteltes und institutionell verfestigtes Wissen über Migration, rassistische Gewalt und ihre Ursachen, bei dem Migration und Kriminalität eng miteinander verknüpft sind. Hat sich daran nach Aufdeckung des NSU etwas verändert?«, fragen die HerausgeberInnen des Sammelbandes »Der NSU in bester Gesellschaft. Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat«, der kürzlich im Münsteraner Unrast-Verlag erschienen ist. »In dem Sammelband werden mit einem Blick in die 1990er Jahre die zentralen Faktoren ausgeleuchtet, die für die Entstehung und die weitgehend ungehinderten Aktivitäten des NSU relevant waren. Ein Blick in die Gegenwart arbeitet die politischen, juristischen und medialen Auseinandersetzungen mit dem NSU nach Bekanntwerden seiner Morde und deren Effekte heraus. Schließlich geht es um die Frage, was der NSU und der gesellschaftliche Umgang mit ihm und den Morden für eine antifaschistisch und antirassistisch ausgerichtete Theorie und Praxis bedeutet.«

Jens Zimmermann, Regina Wamper, Sebastian Friedrich (Hg.): *»Der NSU in bester Gesellschaft. Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat«,* 168 Seiten, 18 EUR, ISBN 978-3-89771-766-4, Münster 2015

Rat und Tat zur Tarifeinheit

Rolf Geffken zur Entwicklung des Streikrechts

Der Hamburger Rechtsanwalt Rolf Geffken hat sich für sein neues Buch die Diskussion um Tarifeinheit und Streikrecht noch einmal gründlicher vorgenommen: »Ist in Deutschland eigentlich noch das Grundrecht der freien Gründung von Gewerkschaften garantiert oder ist das Prinzip der Einheitsgewerkschaft nicht in vielen Bereichen einem Monopolanspruch von Großgewerkschaften gewichen? Entspricht die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zum Status von Gewerkschaften noch internationalrechtlichen Standards oder muss diese nicht ggf. durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte überprüft werden? Welche Konsequenzen

nen vor allem ihrer ökonomischen Situation wegen protestieren – es geht ihnen weniger um politische Forderungen oder politische Diskussionen. Linke UnterstützerInnen der Arbeiterproteste können dagegen eher mit einigen älteren ArbeiterInnen über 50 weitergehende politische Diskussionen führen. Diese ArbeiterInnen stammen noch aus dem Kampfzyklus 1988/89, der damals eng mit dem Unabhängigkeitskampf verbunden war und aus dem die freien bzw. unabhängigen Gewerkschaften (NPGU und KWPU) hervorgegangen sind. Insgesamt ist zu beobachten, dass bei den proletarischen Protesten ArbeiterInnen aus Betrieben, Fabriken und Bergwerken aktiv werden, die sich in Staatsbesitz befinden oder dem öffentlichen Dienst zugeordnet sind. Sie stammen überwiegend aus der sogenannten »alten Arbeiterklasse«. Offenbar gehen sie davon aus, dass sie auf die Regierung effektiver Druck ausüben können als auf Privateigentümer. Zudem sind die Kämpfe im staatlichen Sektor eine unmittelbare Reaktion auf die Praxis der Regierung, staatliche Betriebe und Zechen zu schließen oder zu privatisieren und öffentliche Beschäftigte zu entlassen.

Die sozialen Auseinandersetzungen im Privatsektor sind dagegen davon geprägt, dass dort zwar weniger Arbeiterrechte existieren, die Löhne jedoch regelmäßiger ausgezahlt werden. Mehr als die Hälfte der ArbeiterInnen haben übrigens gar keinen Arbeitsvertrag mehr und viele von ihnen arbeiten schwarz bzw. im informellen Sektor. In diesen Bereichen versucht die im Jahr 2000 gegründete kleine Basisgewerkschaft *Zachyst Pratsi* (Verteidigung der Arbeit) ArbeiterInnen zu organisieren. Ihre Kämpfe finden in den Branchen Handel (*Metro Cash & Carry*), Bau, Gastronomie (Restaurants, Fleischverarbeitung, Großbäckereien) sowie im Kyjiwer Zoo statt, mithin in Bereichen, in denen es bisher kaum organisierten Widerstand gab. Seit einiger Zeit versucht *Zachyst Pratsi* auch – wie im März 2015 in Odessa – Straßenproteste gegen die Erhöhung der Preise im öffentlichen Nahverkehr zu organisieren.

Verschärfung der sozialen Widersprüche

Soziologische Umfragen[3] zeigen zum Teil erstaunliche Ergebnisse und fördern überraschende Ansichten in der Bevölkerung zutage. So erhalten die etablierten PolitikerInnen Zustimmungen, die sich lediglich im einstelligen Prozentbereich bewegen. Am besten schließt noch Präsident Poroschenko ab, der aktuell bei etwa acht Prozent Zustimmung liegt... Bei den regelmäßigen Erhebungen des KIIS wird von den Befragten auch das Privateigentum, insbesondere die Privatisierungen mehrheitlich abgelehnt. Zudem lässt sich aus den Antworten ablesen, dass bei den Menschen eindeutig soziale Sorgen (Löhne, Renten, Wohnungen, usw.) und nicht etwa tagespolitische Probleme im Vordergrund stehen. Doch selbst bei den wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen der ukrainischen Gegenwart wird ersichtlich, dass die Regierung eine Minderheitenposition vertritt. So befürwortet landesweit eine Mehrheit der Bevölkerung Zugeständnisse im Donbass-Konflikt und eine Abkehr von einer strikt zentralstaatlichen Struktur.

Mit dieser gesellschaftlichen Grundstimmung sowie der Möglichkeit einer jederzeit wieder anhebenden Massenmobilisierung konfrontiert, ergibt die aktuelle Konfrontationsstrategie der Kyjiwer Regierung durchaus einen Sinn. Solange der Konflikt im Donbass anhält, kann sie sich sowohl gegenüber der eigenen Bevölkerung als auch den westlichen Geldgebern den Rücken frei halten. Die Poroschenko-Regierung lässt immer wieder verlauten, dass sie an einer politischen Lösung des Konflikts in der Ostukraine nicht interessiert ist. Es geht der regierenden Elite auch nicht um die Entwicklung der ukrainischen Wirtschaft oder darum, die Verelendung aufzuhalten, sondern um das Abgreifen von internationalen Hilfsgeldern, die größtenteils in die eigenen Taschen oder diejenigen der Oligarchen wandern. Die Regierung erklärt unaufhörlich, dass ein ausgeglichener Staatshaushalt und die Bedienung der Auslandsschulden ihr primäres Ziel sei, egal was dies für die eigene Bevölkerung an Verelendung und Armut mit sich bringt.

Die herrschenden Kreise können jedoch die sozialen Widersprüche in der ukrainischen Gesellschaft nicht dauerhaft ignorieren und müssen gegen die weitverbreitete Politikverdrossenheit in der Bevölkerung propagandistisch vorgehen. Dies ist z.B. der Grund, warum es bis heute – entgegen den Absprachen während der Minsker Verhandlungen – seitens der Regierung noch zu keinem direkten Dialog mit den Separatisten gekommen ist. Um bei den internationalen Geldgebern weiterhin Finanzhilfe herauszuschlagen, wird von der Regierung beständig die prowestliche bzw. antirussische Karte gezogen. Um die eigene Bevölkerung von Massenprotesten abzuhalten, wird der Donbass-Konflikt »eingefroren« und das ganze Land vom offiziellen Politikbetrieb mit einer nationalistischen Kampagne überzogen. Die politische Elite kann ihre Herrschaft nicht aus dem desolaten Zustand der ukrainischen Wirtschaft oder der erbärmlichen sozialen Situation der Bevölkerung legitimieren und braucht daher den Nationalismus. Sie muss weiterhin versuchen, die Menschen entlang ethnischer oder sprachlicher Kategorien zu spalten. Die herrschenden PolitikerInnen und Oligarchen bieten den Leuten daher das Nationale an, um den Wunsch der Menschen nach einem guten Leben in eine für sie ungefährliche Stoßrichtung zu lenken. Die Brutalisierung von Sprache und Verhalten setzt sich auf beiden Seiten weiter fort. Das macht die chauvinistischen Kampagnen und nationalistischen Tendenzen in der Ukraine, aber auch in Russland so gefährlich.

Aus Sicht der ArbeiterInnen und einfachen Leute müsste der Krieg sofort gestoppt und der Konflikt durch Verhandlungen auf Augenhöhe beigelegt werden. Jeder militärische Konflikt verschlechtert nur die Lebensbedingungen der arbeitenden und Unterklassen und beeinträchtigt deren Handlungsmöglichkeiten. Unter den Bedingungen des Bürgerkriegs und der neoliberalen Austeritätspolitik wird sich die soziale Krise in der Ukraine nur weiter verschärfen.

Fähre von Mytilini nach Piräus mit Banner: Fähren statt Frontex

Anmerkungen:

1) *Sotsial-Natsionalna Asambleja. Die SNA bezieht sich auf die deutsche SS, verwendet ganz offen die Wolfsangel als Parteisymbol und unterhält unter dem Namen »Schwarzes Korpus« einen paramilitärischen Schutzverband.*
2) *Das »Ukrainische Freiwilligenkorps« (ukrainisch: Dobrowoltschyj Ukrajinskyj Korpus).*
3) *Etwa des Kyiv International Institute of Sociology (KIIS).*

Zu sagen, was ist, bleibt die revolutionärste Tat.

Sozialismus
monatlich Analysen | Positionen | Berichte
täglich www.Sozialismus.de

Anarchosyndikalistische Zeitung
Direkte Aktion
Revolution in der Bildung?
Schwerpunkt:
Bildung als ganzheitliche gewerkschaftliche Aufgabe

DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung
Probeheft gratis!
www.direkteaktion.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd
SEX WORK
iz3w
351
Sex sells – zwischen Akzeptanz und Stigma
Außerdem ▶ Buddhismus und Gewalt in Burma ▶ Antisemitismus in der Türkei ▶ Resilienz in der Entwicklungspolitik ...
auch als PDF zum Download
Einzelpreis 5,30
iz3w ▶ Telefon (0049)+761–740 03
info@iz3w.org · www.iz3w.org

ergeben sich aus dem neuen Tarifeinheitsgesetz für die Zukunft und die Arbeitsweise von Gewerkschaften hierzulande?«
Das Buch kann bestellt werden unter *Institut@ICOLAIR.de,* Tel. (04777) 1484

Rolf Geffken: *»Tarifeinheit – Streikrecht – Gewerkschaften. Aktuelle Analysen zur Koalitionsfreiheit in Deutschland.«* 93 Seiten, 16,80 Euro.

Troika gegen Grundrechtecharta

Juristische Untersuchung der EU-Krisenpolitik

Das Hugo-Sinzheimer-Institut hat eine Untersuchung veröffentlicht, die die Eingriffe ins kollektive Arbeitsrecht durch die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds auf ihre Grundrechtsverträglichkeit prüft. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass die Eingriffe in die Tarifautonomie, wie sie in den letzten Jahren in den Krisenländern Europas praktiziert wurden, geltendem Recht widersprechen – namentlich brechen sie Art. 28 der europäischen Grundrechtecharta, der das Recht auf Kollektivverhandlungen und Streiks garantiert. Die Studie nimmt eine detaillierte Prüfung der Neuerungen auf europäischer Ebene und der »Memoranden« in Griechenland vor; als juristischer Fachbeitrag ist sie für Laien keine leichte Kost.

Bezug als pdf:
www.hugo-sinzheimer-institut.de

Florian Rödl, Raphaël Callsen: *»Kollektive soziale Rechte unter dem Druck der Währungsunion. Schutz durch Art. 28 EU-Grundrechtecharta?«* Schriftenreihe des Hugo-Sinzheimer-Instituts Bd. 13. 148 Seiten. Frankfurt a.M. 2015, 19,80 Euro. ISBN 978-3-7663-6467-8.

Abgezocktes

Jugendarbeitslosigkeit? Sticht!

»Krisenquartett« als Crowdfundingprojekt

Welches europäische Land hat die beeindruckendste Reallohnsenkung vorzuweisen? Wo geht die Jugendarbeitslosigkeit so richtig durch die Decke? Wie tief ins Minus kann Wachstum reichen? Um manch schlichten Zahlenwert im richtigen Moment parat zu haben, benötigt es etwas Gehirnjogging. Das adäquate Hilfsmittel ist in Vorbereitung: Wiener KollegInnen haben ein »Krisenquartett« entworfen, mit dem sich die Eckdaten der Eurokrise am Spieltisch nachvollziehen lassen. Illustriert werden die Spielkarten mit Bildern des Widerstands gegen das Austeritätsregime. Damit diese Idee umgesetzt werden kann, braucht es noch das nötige Kleingeld. Das Spiel kann zum Preis von 12 Euro vorbestellt werden, Spenden sind willkommen. Geplanter Erscheinungstermin ist Ende Januar 2016. Von jedem verkauften Spiel werden 2 Euro an die Klinik der Solidarität in Thessaloniki gegeben.

Weitere Informationen:
www.krisenquartett.net

DAS ARGUMENT Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften
313 Mensch-Natur-Verhältnisse
V.Braun: Die Putzfrauen von Athen
Th.Sablowski: Die griechische Tragödie
Nancy Hartsock 1943-2015 (C.Cockburn und F.Haug)
W.F.Haug: Mensch, Natur und Technik im Hightech-Kapitalismus. Teil I: Digitalisierung des Subjekts bei Bruno Latour
J.Loheit: Oliver Marcharts Latour-Rezeption
P.Jehle: Über die wievielte Verabschiedung der Kritik
Ch.Ohm: Bietet Latours Ansatz ein Fundament für die Technowissenschaft?
S.Packard: Kommentar zu Haugs Latour-Kritik
R.Czeskleba-Dupont: Karl Marx 1864: Ein- und Vorsicht als Prinzip
***
M.Sexl: Unsichtbarmachung des Kapitalismus
A.Brauneis: Brechts Nutzung der marxschen Kapitalismustheorie
R.Cohen: Marxist ist man nicht allein
D.Suvin: Lucio Magris Testament
W. Adolphi: Werner Nerlich – Deserteur und Ehrenbürger
Einzelheft 13 € (im Abo 10 €, zzgl. Versand)
Abo & Versand · versand-argument@t-online.de Tel: 030-611-3983 Fax: -4270
www.inkrit.org/argument
Redaktion Das Argument · I. Schwerdtner argument@inkrit.org

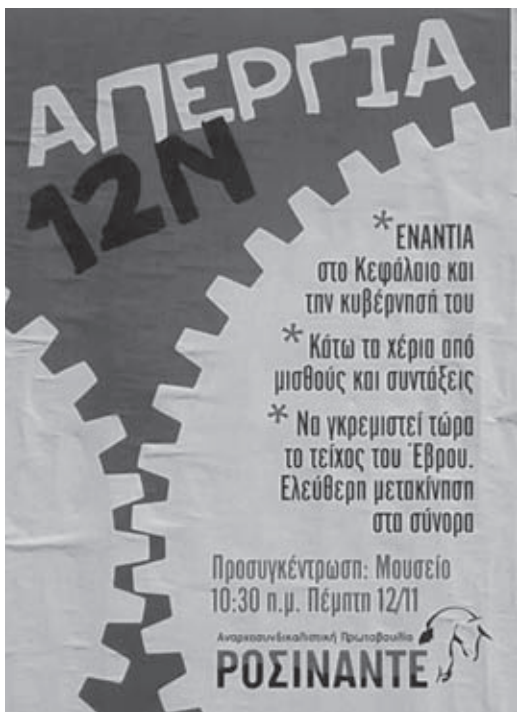
Alle Spätis stehen still?

Joel Schmidt* über einen Sammelband von Peter Nowak

»Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will«, heißt es in einem der bekanntesten deutschen Arbeiterkampflieder, dem »Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein«, 1863 von Georg Herwegh. Der Frage danach, wie es knapp anderthalb Jahrhunderte nach Entstehung dieser Zeilen um Streikkultur und Arbeitskämpfe in Europa bestellt ist, stellt der Journalist und Autor Peter Nowak ins Zentrum des von ihm herausgegebenen Buchs »Ein Streik steht, wenn mensch ihn selber macht. Arbeitskämpfe nach dem Ende der großen Fabriken.«

Der Untertitel gibt dabei schon einen Hinweis auf die Stoßrichtung des Buches: Es handelt sich eben nicht um eine weitere Abhandlung über die klassischen und von gut organisierten Fabrikbelegschaften getragenen Massenstreiks und Arbeitskämpfe des 20. Jahrhunderts. Im Gegenteil: Der Autor stellt sich vielmehr die Frage, welche Folgen der Wandel der kapitalistischen Produktionsweise in Zeiten des Neoliberalismus auch für die Bedingungen hat, unter denen ArbeiterInnen in den Streik treten und Arbeitskämpfe führen, und vor welche neuen Herausforderungen diese gestellt sind. Die Hauptthese des Autors ist, dass Streiks und Arbeitskämpfe mit dem Wandel der Produktionsweise keinesfalls überflüssig geworden sind, dass sich jedoch, entsprechend den immer weiter flexibilisierten Lohnarbeitsverhältnissen, ihre Erscheinungsformen geändert haben. Diesen neuen Formen ist Nowak, zusammen mit AutorInnen von labournet.tv, Willi Hajek, der Streik AG des Blockupy-Bündnisses u.a. in seinem Buch auf der Spur. Dass er hierbei nicht weiter eingeht auf die nach wie vor in klassischen Fabriken bzw. Großbetrieben stattfindenden Streiks und Arbeitskämpfe, wie sie in jüngster Zeit etwa bei Daimler in Bremen oder auch bei der Deutschen Bahn stattgefunden haben, mag zwar zunächst als Leerstelle erscheinen. Da es dem Autor in erster Linie jedoch um Auseinandersetzungen geht, die in Branchen geführt werden, die man häufig nicht mit Streiks und Arbeitskämpfen in Verbindung bringt, kann der Titel des Buches auch als provokative Spitze verstanden werden, die sich nicht zuletzt auch gegen die, an kleineren und wenig repräsentativen betrieblichen Auseinandersetzungen nicht so interessierten DGB-Gewerkschaften richtet. Um die Bandbreite der in prekären Lohnarbeitsverhältnissen geführten Organisierungsversuche deutlich zu machen, gibt es zum Beispiel kurze Artikel zu gewerkschaftlicher Organisierung in der Care-Arbeit, zum Verhältnis von SexarbeiterInnen und Gewerkschaft, zum Aufbau der Gefangenengewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO) oder zum Arbeitskampf bei einem Spätkauf (der Berliner Variante eines Kiosks). Ein besonderes Augenmerk wird zudem auf aktuelle Organisierungsversuche und Streiks im Einzelhandel gelegt. Anhand verschiedenster Aktionen bei H&M und Amazon in Deutschland und des erfolgreichen Arbeitskampfes in der norditalienischen Logistikfirma Bennet wird hierbei die Notwendigkeit betont, die stattfindenden Arbeitskämpfe aus ihrer betrieblichen Isolation zu lösen, denn gerade durch die externe Unterstützung von solidarischen Gruppen könne somit eben auch bei einer stark fragmentierten Belegschaft der notwendige Druck auf das Unternehmen aufrechterhalten werden.

Im Falle der LogistikarbeiterInnen bei Bennet war es die Verbindung zwischen AktivistInnen der Basisgewerkschaft S.I. Cobas (*Sindicato Intercategoriale – Comitati di Base*, dt. Branchenübergreifende Gewerkschaft – Basiskomitees) und Mitgliedern der radikalen Linken in Mailand, aus der heraus die Unterstützung der Belegschaft bei ihrem Vorhaben, einen Arbeitskampf zu führen, erfolgte. Als sich 2008 zu Beginn des Streiks bei Bennet rund 150 Menschen vor den Toren des Warenlagers der Firma zusammenfanden, um die Streikposten zu unterstützen, wurde deutlich, dass dieser Arbeitskampf durch die massive Unterstützung von außen eine völlig neue Dynamik entwickeln würde. Nach einem acht Monate andauernden Kampf konnten bessere Arbeitsbedingungen, ein höherer Lohn sowie die Wiedereinstellung entlassener KollegInnen durchgesetzt werden – und, nicht zu vernachlässigen: Die »ArbeiterInnen [hatten] erlebt, dass sie nicht alleine waren und dass sie gewinnen konnten« (S. 30). Rückblickend heißt es bei Nowak: »Den Anfang machten ein paar BasisgewerkschafterInnen, die die hilfesuchenden LogistikarbeiterInnen rechtlich und strategisch berieten, und die auch zu jeder Tages- und Nachtzeit mit vor den Werkstoren auf Streikposten standen. Sie brachten ihr Organisationswissen aus Jahrzehnten der Arbeiterkämpfe Norditaliens mit und halfen, die Bewegung zu koordinieren und KollegInnen aus verschiedenen Standorten zusammenzubringen [...] und die Idee der Solidarität praktisch werden zu lassen. Sie informieren die ArbeiterInnen über ihre Rechte und Möglichkeiten und unterstützen sie in organisatorischen Angelegenheiten rund um ihre Kämpfe.« (S. 39)



Plakat der anarchistischen Gruppe Rosinante: Streik 12. November

Beispiele wie dieses werden im Buch häufiger genannt, auffallend oft stammen sie jedoch aus dem europäischen Ausland. Umso überraschender daher der letzte Artikel des Buches, der von der Gruppe »Antifa Kritik & Klassenkampf« aus Frankfurt/Main beigesteuert wurde und in dem es um die strategische Wiederaneignung der Begriffe Klasse und Klassenkampf für die radikale Linke geht. Für die Frankfurter Gruppe bedeutet dies, »den Kampf um die kollektive Aneignung der Bedingungen einer Produktion gesellschaftlichen Reichtums, die auf Bedürfnisbefriedigung und Entfaltung von Individualität gerichtet ist. Er findet nicht bloß – wie die alte Vorstellung wollte – in und vor den großen Fabrikhallen statt, sondern überall dort, wo die Verausgabung der eigenen Arbeitskraft durch andere kommandiert wird.« (S. 102) Klassenkampf gilt hier als politisch-strategische Klammer für verschiedene Kämpfe, unter die die AutorInnen dezidiert auch Kämpfe um Reproduktionsverhältnisse überhaupt sowie in den Sektoren bezahlter wie unbezahlter Reproduktionsarbeit selbst zählen.

An der Perspektivlosigkeit der radikalen Linken kritisieren sie: »Der Abschied linksradikaler Politgruppen vom Proletariat lief auf abstrakte, nicht bestimmte Negation hinaus. Statt sich selbst als Teil der Klasse der Lohnabhängigen zu begreifen und dort aktiv zu werden, wo man selbst ausgebeutet und vernutzt wird, geriert man sich als Stimme der Vernunft und externer Mahner oder gar als eigentlich revolutionäres Subjekt.« (S. 104) Als positives Gegenbeispiel für die Unterstützung von Arbeitskämpfen nennen sie etwa die infolge des Amazon-Streiks gegründeten Streik-Soli-Komitees, die eine ähnliche Funktion ausüben wie die externen UnterstützerInnen bei den norditalienischen LogistikarbeiterInnen und letztendlich den Weg zu einer solidarischen und sektorenübergreifenden Selbstorganisierung der und in der Klasse ebnen könnten. Allerdings geben sie hierbei auch zu bedenken, dass bei dieser Streik-Soli-Arbeit stets die Gefahr bestünde, sich ungewollt durch den DGB-Apparat instrumentalisieren zu lassen und dass die besagten Solidarisierungsprozesse allzu oft wieder zu verpuffen drohen, sobald die Arbeitskämpfe beendet sind. Um dem entgegenzuwirken schlagen sie einen an die Idee des Sozialistischen Büros angelehnten Organisierungsprozess vor: »Was es bräuchte, um diesen Effekt zu vermeiden und der Gefahr einer sozialintegrativen Vereinnahmung entgegenzuarbeiten, wäre eine langfristige, negativ-klassenbewusste Organisierung, in der die Lohnabhängigen – egal ob aktiv Streikende, Betriebsgruppen, Arbeitslosenініtiativen, Repro-ArbeiterInnen oder Soli-AktivistInnen – mit ihren je unterschiedlich situierten Kämpfen einen Platz haben und eine gemeinsame, strategisch ausgerichtete Praxis entwickeln können, und zwar auf lokaler sowie überregionaler Ebene.« (S. 107)

Peter Nowaks Buch gibt einen schlaglichtartigen Über- und Einblick in aktuelle Debatten und Kämpfe, die derzeit in verschiedensten Bereichen prekärer Lohnarbeitsverhältnisse stattfinden. Der Blick ins europäische Ausland zeigt zudem auf, wie Solidarisierungsprozesse mit streikenden ArbeiterInnen jenseits etablierter Gewerkschaftsstrukturen konkret aussehen und wie sie zu, zumindest mittelfristigem, Erfolg führen können. Inwiefern das Buch BasisgewerkschafterInnen und linke AktivistInnen zur weiteren Diskussion anregen wird, bleibt abzuwarten. Fest steht jedoch, was die AutorInnen von labournet.tv in ihrem Beitrag über die norditalienischen LogistikarbeiterInnen schreiben: »In dem Kampf der Facchini kann auch diese Linke noch viel über das Funktionieren der extremen bürgerlichen Mitte, über das Verlassen der symbolischen Handlungsebene in der antikapitalistischen Praxis und das Entwickeln von Arbeitermacht lernen!« (S. 39).

** Joel Schmidt ist Soziologe und Politologe.*

Peter Nowak: »Ein Streik steht, wenn mensch ihn selber macht. Arbeitskämpfe nach dem Ende der großen Fabriken«, Münster 2015, 112 Seiten, 7,80 Euro, ISBN 978-3-942885-78-2

In den nächsten Ausgaben: Unheimliche Karriere des Modells Deutschland • Gegen den »Missbrauch« von Werkverträgen • Auf dem Weg zur Unabhängigen Betriebsgewerkschaft bei WalMart in China • Kampf gegen 2-Klassensystem in der US-Autoindustrie **Nächster Redaktionsschluss: 6. Dezember 2015**

Prämien für neue Abos

Für jedes Geschenkabonnement und jedes selbst erworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

- ☐ *Anton Kobel (Hg.):* »Wir sind stolz auf unsere Kraft‹. Der lange und phantasievolle Kampf um die Tarifverträge 2013 im Einzelhandel«, Hamburg 2014
- ☐ *Detlef Wetzel (Hg.):* »Organizing. Die Veränderung der gewerkschaftlichen Praxis durch das Prinzip Beteiligung«, Hamburg 2013
- ☐ *Joachim Hirsch, Oliver Brüchert, Eva-Maria Krampe u.a. (Hg.):* »Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur«, Hamburg 2013

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.
Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

- ☐ zur Probe 4 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);
- ☐ zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle

- ☐ mein Jahresabonnement (35 Euro)
- ☐ meine Fördermitgliedschaft (60 Euro)
- ☐ mein ermäßigtes Abo (18 Euro) – Beleg beifügen
- ☐ mein Hartz IV-Abo (12 Euro) – Beleg beifügen
- ☐ gegen Rechnung

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Email

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: express-Redaktion
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84,
email: express-afp@online.de, www.express-afp.info,
www.labournet.de/express
Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr
Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabonnement 35 Euro, erm. 18 Euro (Studierende, Auszubildende) und 12 Euro (Hartz IV Spezial-Abo) – einschl. Versandkosten.
Bankverbindung:
AFP e.V., Sparda-Bank Hessen eG,
IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37
BIC: GENODEF1S12
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.
Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN: 0343-5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt
Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau
Druck: Henke Pressedruck GmbH, Berlin